

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.

Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gepaltene Zeile oder
deren Raum.

Wir erlauben bei allen Geldsendungen
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

Redaktion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier
Postzulassung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Ruwert) 70 kr. —
Markt 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 88 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Stapelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem
2. und 4. Donnerstag im Monat.
Kunsthändler Reklamationen sind portofrei.

Nr. 63.

Wien, Donnerstag 11. Mai.

1882.

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers!

Das I. I. Landesgericht Wien als Verbrechen hat auf Antrag der I. I. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des in Nr. 62 der periodischen Druckschrift „Die Zukunft“ vom 27. April mit der Aufschrift „Politische Uebersicht“ enthaltenen Artikels in der Stelle von „In aller Stille“ bis „größtentheils die Augen offen“ das Verbrechen nach § 65 St.-G., daß ferner der Inhalt des in derselben Druckschrift mit der Aufschrift „Aus Parteireisen“ enthaltenen Aufsatzes in der Stelle von „In Prag wird“ bis „Mancher in Frage“ das Verbrechen nach § 300 St.-G. und in der Stelle von „In Hirschau wurde“ bis „nicht aufhören können“ das Verbrechen nach § 302 St.-G. begründe und es wird nach § 493 St.-G.-D. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen. Die von der I. I. Sicherheitsbehörde vorgenommene Beschlagnahme wird gemäß §§ 487—489 St.-G.-D. bestätigt und nach § 37 St.-G. auf Vernichtung der saftirten Exemplare und Zerstörung des Sages erkannt.

Gründe:

Der Inhalt des in oben genannter Druckschrift enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Politische Uebersicht“ sucht in der Stelle von „In aller Stille“ bis „größtentheils die Augen offen“ zum Hass oder zur Verachtung wider die Staatsverwaltung aufzureizen, erscheint daher geeignet, den Zustand des Vergehens der öffentlichen Ruhe nach § 65 St.-G. zu begründen. Ferner sucht der Inhalt der in derselben Druckschrift mit der Aufschrift „Aus Parteireisen“ enthaltenen Artikels in der Stelle von „In Prag wird“ bis „Mancher in Frage“ durch unwahre Angaben und Entstellung von Tatsachen Andere zum Hass oder zur Verachtung gegen Staatsbehörden aufzureizen, erscheint daher geeignet, den Zustand des Vergehens der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach § 300 St.-G. zu begründen. Endlich sucht der Inhalt des selben Artikels in der Stelle von „In Hirschau wurde“ bis „nicht aufhören können“ zu Feindseligkeiten wider einzelne Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft anzureizen und zu verleiten, erscheint daher geeignet, den Zustand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 302 St.-G. zu begründen.

Wien, am 30. April 1882.

Schwaiger.

größte Teil der Inhaftirten Familienväter sind, und, wie der Ausweis der hentigen Nummer zeigt, die Gelder gegenwärtig spärlich einlaufen.

Wir sind überzeugt, daß es keiner weiteren Aufforderung bedarf, und daß die Genossen ihre Pflicht ganz erfüllen werden.

Wien, im Mai 1882.

Die Administration der
„Zukunft“.

Konfiszirt.

Parteigenossen!

Genosse Joh. Richter, der sich zuletzt mit der Unterstützung der inhaftirten Genossen, sowie deren Familien befaßt hat, ist gegenwärtig selbst inhaftirt. Damit aber in der Verabfolgung der Unterstützungen keine Unterbrechung eintritt, ersuchen wir alle Briefe und Gelder zu diesem Zwecke an die Administration dieses Blattes zu senden.

Gleichzeitig sehen wir uns gezwungen, die Genossen allerorts zu ersuchen, für ausgiebige Sammlungen Sorge zu tragen, da der

Feuilleton.

Das eigene Urteil ist das sicherste.

Unzählige Male haben wir schon in verschiedenen Arbeiterblättern unser Urteil über die Macher der öffentlichen Meinung abgegeben, jedoch dürfte es von unsrer Lesern gutgeheißen werden, wenn wir ihnen von Zeit zu Zeit die Gelegenheit bieten, sich selbst über dieselben ein Urteil zu bilden. Den Anfang machen wir mit nachfolgendem Artikel des „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 6. Mai 1. J.:

Wunderbare Geschichten.

Nicht von dem schwimmenden Wunder reden wir, daß jetzt auf der Themse zur Schau ausgestellt ist und die Witzbegierde des Londoner Publikums in nicht geringem Maße beschäftigt; wir sprechen nicht von dem „Austral“, dem neuen Schiffe, das alle Bequemlichkeiten und allen Luxus eines modernen Hotels in sich vereinigt, das geschützt sein soll gegen die zerstörende Kraft der Elemente, gegen Feuer und Sturm, und das, jetzt als Passagierschiff dienend, bei passender Gelegenheit in ein Kriegsschiff verwandelt werden kann. Unsere Aufmerksamkeit heftet vielmehr an den wunderbaren Ereignissen auf dem Gebiete der inneren englischen Politik. Das moralische Wunder, das sich da vollzogen hat, ist noch viel merkwürdiger, als die großen Leistungen der englischen Schiffbaukunst. Das ist eine alte Regel, daß ist die Moral in der Politik nicht zu bedeuten habe, daß ein Staatsmann, ohne Rücksicht auf die Moral zu nehmen, nur denken dürfe an die Macht und Autorität des Staates. Herr Gladstone ist von einem anderen Gesichtspunkte ausgegangen. Er hat eine Vereinbarung getroffen mit der irischen Landwirthe; er hat die Macht der Revolution anerkannt und er hofft dadurch, Gewaltmaßregeln in Irland vermeiden zu können. Das ist Auszeichnungs-politik, und in Bezug auf Irland ist diese Politik entweder ein Ausfluß der Schwäche oder der Humanität.

Die traditionelle Staatskunst hat ein meschliches Lächeln für dieses moralische Wunder. Sie bezeichnet die Politik Gladstone's als eine Preisgebung der englischen Staatsautorität als eine Kompromittierung des Eigentumsrechtes. Fortker, der Minister für Irland, der Vertreter des Gesetzes und der Ordnung, muß aus dem Amte scheiden; wie soll ein anderer Beamter noch Eifer für das Staatsinteresse entwickeln? Der Bischof von Irland, Lord Cowper, mußte von seinen Posten sich zurückziehen; dagegen triumphierte Bannell und seine Gefinnungsgenossen. Den Vätern soll die rüchständige Schuld nachgelassen werden, der Gesetzlosigkeit wird damit eine Prämie ausgestellt. Die traditionelle Staatskunst hätte ganz andere Maßregeln empfohlen: Aufhebung der Geschworenengerichte, strenge Strafen für die Bezirke, wo ein politisches Verbrechen konstatirt worden sei, und überhaupt den Belagerungszustand mit terroristischer Strenge.

Sollen wir behaupten, daß Herr Gladstone im Unrechte ist, sollen wir uns für die Autorität des Staates ereisern? England, so streng und so titanisch es zuweilen ist, hat, wenn die Umstände es erheischen, auch schon die größten Opfer gebracht, ohne auf die politischen Traditionen Rücksicht zu nehmen. So wurde den Kolonien in der ersten Regierungszeit der Königin Viktoria eine umfassende Autonomie gewährt, und so hat Herr Gladstone selber einen Frieden mit den Boers in Südafrika geschlossen, den man anderswo als schimpflich betrachten würde. Die Väter in Irland haben genug unter dem Druck der Guts-herren gelitten; es darf auch einmal eine Zeit kommen, wo die Väter eine Genugthuung finden. Irland ist lange genug auf's grausamste mißhandelt worden; es darf auch der Tag erscheinen, da die Menschlichkeit in Irland einen Sieg davonträgt. Das hindert nicht, daß die Gladstone'sche Ausgleichsaktion ganz England in Aufregung versetzt. Es ist noch in Frage, ob es Herrn Gladstone genügt sein wird, sein neues Programm zur Durchführung zu bringen. Jedenfalls wird man die ersten Konsequenzen seiner Politik nicht übersehen können. Der Anfang ist gemacht, um Irland auch mit einer politischen Autonomie auszustatten, und es ist die Zeit vielleicht nicht mehr ferne, wo Irland sein eigenes Parlament haben wird.

Jedenfalls sind wir Zeugen des Sieges einer revolutionären Bewegung, wie er nur immer unter modernen Verhältnissen möglich erscheint. Wenn man von einer Revolution spricht, denkt man

gewöhnlich an Barricaden, große Volksmassen, an brausende Freiheitslieder und an blutige Straßenkämpfe in großen Städten. Die irische Revolution vollzieht sich ohne dieses historische Gepräge. Auf dem flachen Lande ist sie in einzelnen Kämpfen durchgeführt worden. Man verweigerte die Pachtzahlung, und eine geheime Behme bestrafte grausam diejenigen, welche die Pachtzahlung forderten oder leisteten. Wer die Gebote der Landliga verletzte, hatte keine Sicherheit mehr für sein Eigentum und für seine Person. Und diese Revolution ist siegreich geblieben, ohne daß die modernen Feuerwaffen dagegen hätten etwas ausgerichtet können.

Wunderbare Geschichten werden aus Afrika berichtet. In Irland hat die Welt die ganze Eigenart einer sozialen und agrarischen Revolution kennen gelernt unter entwickelten europäischen Verhältnissen. Die Revolution auf afrikanischen Boden hat ganz den Charakter, welcher den dortigen barbarischen Zuständen entspricht, und wenn man auf die Hauptfarbe der afrikanischen Revolutionäre Rücksicht nimmt, so hat man das Recht, von einer schwarzen Revolution zu sprechen. Mit dem Verstand ist in Afrika wenig ausgerichtet, sehr viel jedoch mit dem Glauben, und wenn man will, mit dem Aberglauben. Ein Prophet ist auferstanden, welcher die wahre Lehre predigt, und von den Befehlern der bestehenden Ordnung wird er als falscher Prophet bezeichnet. Wir haben wiederholt auf den Sühnungsprozeß hingewiesen, der die mohamedanische Welt erfaßt hat, und die Revolution in Dar-Foga und Cordofan steht im Zusammenhange mit der großen Orientkrise. Die ägyptische Regierung ist durch die Communion Europas jeder Autorität und aller Kraft beraubt worden, und doch hat Europa nicht Sorge getragen, Sanktionen für die Ordnung in Ägypten zu schaffen. Unter solchen Umständen kann ein einziger Janakler die von Ägypten abhängigen Völker leicht zum Aufstande fortreißen. Solche Ereignisse tragen jedoch nur dazu bei, den Umwandlungsprozeß zu beschleunigen, dessen letztes Resultat nur darin bestehen kann, Asien und Afrika der europäischen Zivilisation dienstbar zu machen.

In den wunderbaren Geschichten gehört auch die jeden Augenblick todgefährliche und jeden Augenblick neu auflebende Insurrektion in den östlichen Ländern. Der jetzt im Bezirk Jupa ausgebrochene Aufstand ist ein neuer Beleg für die von uns im

Konfiszirt.

Der letzte Brief eines am Sterbebette liegenden Parteigenossen.

Genosse Johann K a l s in Litzka ist Montag den 24. v. M. in der Mitte seiner Jugend, im Alter von 26 Jahren, seinem körperlichen Leiden erlegen. Unsere Partei hat an ihm nicht nur einen treuen, begabten und entschlossenen Mitstreiter, sondern auch eine tüchtige literarische Kraft verloren. An seinem Leichenbegängnisse — welches am 26. April stattfand — beteiligte sich auch ein Delegat von Wien, sowie einer von Graz. Der Sarg war von zwei Vorbeerfrängen mit roten Bändern und sozialdemokratischen Inschriften geschmückt, was in dem kleinen Orte Litzka allgemeine Anerkennung fand. Den Sarg begleitete auch ein Priester, obwohl sich der Bestorben die dies verbot. Wir bringen nachstehend den Abschiedsbrief des Genossen Kals, der an die Parteigenossen gerichtet ist, zur öffentlichen Kenntnis.

Derselbe lautet:

„Diese Zeilen sind bestimmt, daß Ihr selbe leset, wenn ich nicht mehr zu den Lebenden zähle.“

Die Genossen werden vielleicht mein Siohtum und frühes Ableben etwas unnatürlich und sonderbar finden, da sie wissen, daß einesteils mein Vater Gewerbetreibender und Dekonom war und ich außerdem etwas materielle Mittel besaß. Nun, was erstere betrifft, so hatte dies für mich bei den waltenden Umständen absolut keinen Wert. Ist ja zum Beispiel die Wirtschaft allerseits im Wertgang heruntergekommen und überschuldet, so daß jedes Quartal der zwangsweise Verkauf zu erwarten steht. Und mein Leben daheim ist nicht gerade viel rosiges — ich habe mir von meinem 12. Jahre an meinen Unterhalt wie die andern Arbeiter redlich verdienen müssen und Bitteres aller Art gab es genug als — Lebenswürze.

Mein körperlicher Zustand, von Jugend auf schwächlich, wurde von meinem 18. Jahre an geradezu krankhaft und ich wurde mittlerweile, trotz meiner geregelten Lebensweise und trotzdem meine Lebenshaltung nicht gerade so schlecht war, ein verlorener Mann. Ich kenne die Ursachen genau, muß aber hier davon absehen näher darauf einzugehen; aber versichern kann ich Sie, daß selbe aus den sozialen Mifständen entstammen. Ohne diese hätte ich wol auch 50 bis 60 Jahre leben können! Daß ich zum Beispiel kaum 12 Jahre alt, schon häufig zur Nachtarbeit mißbraucht wurde, hat jedenfalls auch seinen Teil daran.

Wenn mich etwas in meinem Schicksale dauert, ist es dies, daß es mir nicht länger mehr gegönnt sein soll, meine Studiumsergebnisse, meine erworbenen intellektuellen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Besten der leidenden

Anfange der Insurrektion ausgesprochene Anschauung, daß die okkupierten Provinzen dem Panlawismus als großes Versuchsfeld für seine, auf die Erschütterung und Erschöpfung Oesterreichs gerichteten Bestrebungen dienen müssen. Es soll zunächst verhindert werden, daß durch den Vollzug der Amentierung die Staatsautorität Oesterreichs in jenen Ländern vor den Augen Europas zur Anerkennung gelange. Indem ferner die männliche Bevölkerung veranlaßt wird, die Waffen gegen Oesterreich zu tragen, und die Weiber und Kinder mit ihrer beweglichen Habe über die Grenze geschafft werden, soll dargetan werden, daß es im besten Falle Oesterreich nur gelingen werde, seine Herrschaft über das Land, nicht aber über das Volk festzustellen. Dieses letztere soll erscheinen als von unversöhnlichen Unabhängigkeitsstroe gegen Oesterreich befeuert. Und daneben soll das kleine Montenegro vor Europa die Rolle des natürlichen Mits für jene Subslaven spielen, des Hortes zu welchem diese aus Racen- und Religionsgefühl hingezogen seien. Bis jetzt hat Montenegro diese Rolle mit allem Erfolg gespielt. Es hat die offizielle Freundschaft mit Oesterreich aufrecht zu erhalten verstanden, es hat sich vielleicht sogar von Oesterreich entsprechende Entschädigungen für diese Freundschaft zu erwirken gewußt. Dabei hat es in den Augen der subslawischen Bevölkerungen die Würde des eminent nationalen Staates, ohne sich auch nur das Geringste zu vergeben, gewahrt. In seinen Grenzen finden die ausgewanderten Familien der Krivocic und Herzegovina Schutz und Unterhalt, die von unseren Truppen zerstreuten Insurgentenscharen brüderliche Aufnahme und Stärkung für neue Angriffe. Daß die eigenen Mittel Montenegros für diese schwierige Aufgabe nicht hinreichen würden, leuchtet Jedermann ein. Das Wunder erklärt sich eben nur dadurch, daß der Panlawismus, in richtiger Erwägung, wie viel ihm Montenegro wert sei, die Waffen in Cetinje, so oft dieselben sich auch leeren mögen, immer auf's Neue fällt. Und so wird sich, wenn es nicht gelingt, dem Treiben in dem kleinen Nachbarstaate ein Ziel zu setzen, immer das Wunder erneuern, daß unsere Soldaten mit ihrer Tapferkeit und Ausdauer, unser Staat mit dem Aufgebot der größten Mittel den Ausfall bewältigen, und daß derselbe alsbald wieder in diesem oder jenem Punkte, immer aber an der Grenze Montenegros aufklober, mit welchem uns die Bande „logaler“ Nachbarschaft verbinden.

Menschheit fernorhin zu vertreten, mitzuhelfen im Kampfe für Recht, Kultur und allgemeines Wohl!

Und daß es mir nicht vergönnt sein soll, bei meinen Gesinnungsgenossen zu sterben, selbst in den letzten Stunden die Hand zu drücken, und daß es mir nicht vergönnt sein soll, vor meinem Scheiden noch meine Grundsätze und meinen konfessionellen Standpunkt öffentlich zu dokumentieren, das verbittert mir meine letzten Tage!

Und so verlasse ich denn nicht so hart die Gesellschaft der Lebenden, welche die Streiter für ihr Bestes meist nur mit Undank lohnt! Ich will meinem „Wirken“ — wenn ich es so nennen darf — zwar nicht so viel zu Gute geben, aber es bleibt mir denn doch die Genugtuung, mein — freilich kurzes — Leben nicht abzuschließen wie jene Legion Mitmenschen, die es dahin nur mit den Tieren halten, leben wollen und gelebt zu haben, nur des lieben eigenen Lebens Willen, sondern daß meine Benigtheit auch ein Glied der Kette jener Minderheit war, welche berufen ist, die berouten Zustände der entwickeltsten lebenden Wesen des Erdballes zu besserer Entwicklung zu führen.

Der Mensch ist sein größter Tyrann! Aber die Natur in ihrem Entwicklungsgeleze zeigt seinen Stern, an dem er glauben und festhalten soll; für Egoisten freilich eine schlechte Aussicht! Hat aber immerhin mehr Schanzen in der Vernunft, als jenes — in allen Tempeln der Erde Gepredigte!

Und nun will ich Abschied nehmen von Euch, lebt wol, so weit es möglich, kämpfet wacker weiter den Kampf des Rechtes und der Kultur und denket auch bisweilen Eures Euch zum letzten Male grühenden, bis an's Ende treuen Gesinnungsgenossen
Johann K a l s.

Politische Uebersicht.

Konfiszirt.

In der Versammlung der Anti-Kronawetterianer beim „grünen Tor“ in der Josefstadt hat ein Herr Kleingewerbetreibender seiner Entrüstung darüber Ausdruck verliehen, daß Dr. Kronawetter es wagt, „Uns“ mit den Arbeitern auf eine Stufe zu stellen. (Nun, bezüglich des Verstandes wollen die Arbeiter mit jenen „Uns“ gewiß nicht auf einer Stufe stehen!)

Die uns wolbekannten Herren, die sich selbst immer noch die Liberalen nennen, wollen durchaus der Welt einreden, daß sie für die Arbeiter, wenn schon sonst nichts, wenigstens Versprechungen haben. — Bei der Raffegeuldebatte sprach sich Abgeordneter Hallwich gegen die Bollerhöhung auf Cacao, Plener gegen die von 24 fl. auf 40 fl. auf Kaffee aus. Aus seiner Rede teilen wir folgende Stellen mit:

Eine kleine bürgerliche Familie, welche selbst viel Feigenkaffee konsumiere, braucht einen Kilo Kaffee im Monate. Die Steuererhöhung des Kaffees betrage also rund 20 Kreuzer, das ist 2 fl. 40 kr. pro Jahr, eine immerhin bedeutende Preissteigerung. Was die Frage der Steuerüberwälzung anbelange, so habe bisher die Meinung bestanden, daß jede Steuer sich sofort auf die ganze Bevölkerung übertrage. Allein im Kreislaufe des wirtschaftlichen Lebens entstehe eine gewisse Verlangsamung, welche gerade dem Arbeiter und den untersten Volksschichten die größten Opfer beim Tragen der neuen Steuer auferlegen, da es diesen Schichten nicht leicht sei, durch Erhöhung der Arbeitslöhne die Steuer auf die Arbeitgeber zu überwälzen. Die Regierung solle nicht auf der einen Seite die Erhöhung der wichtigsten Konsumsteuern durchführen und andererseits die Bildung jener freien Arbeiterverbände verhindern, welche einzig und allein im Stande sein würden, eine Ueberwälzung der Steuern auf die Lohnherrscher durchzuführen. (Also, es soll den Arbeitern erlaubt sein, durch Streiks ihre neuen Steuern auf ihre Arbeitgeber abzuwälzen. Herr von Plener muß jedenfalls sehr gut wissen, welchen Nutzen die Streiks den Arbeitern gebracht haben, daß er sich entschloß so zu sprechen. Ist schon der Brünner Streik dem Herrn aus dem Gedächtnisse verschwunden? D. Red.) Doch nicht die Arbeiter allein werden durch diese Steuer betroffen, auch der kleine Beamte, der Gewerksmann. Schwerlich werde man dieses Reizmittel ganz entbehren können. Aus diesen Gründen müsse er erklären, daß er und seine Parteigenossen als geschlossene Partei (Ei, ei!) ihre Zustimmung einer solchen Vorlage nicht geben können. Wir klagen, fährt Redner fort, über dieses politische System, welches der städtischen Bevölkerung fortwährend neue Lasten aufbürdet, weil dieses System den armen Mann zugleich mit Scheinargumenten über seine Lage hinwegzutäuschen sucht, darum bekämpfen wir es auch aus politischen Gründen.

Wir wollen dem Herrn von Plener nur bemerken, daß die Arbeiter von den Parlamentariern nichts mehr hoffen.

Zum Schutze des Briefgeheimnisses. Aus Auffig wird uns mitgeteilt, daß einige Briefe aus Budapest auf dem dortigen Bollamte der Behebung von Seite der Adressaten hatten.

Montag den 23. April begann beim hiesigen Landesgerichte der sensationelle — Ringteater-Prozeß. Die Schuldigen an der Katastrophe vom 8. Dezember, wo Hunderte auf die grauenvollste Weise ihr Leben einbüßten, sollen nun gefunden werden. Der Prozeß wird jedenfalls länger als einen Monat dauern und dann seinen Abschluß finden.

Der Raum unseres Blattes gestattet uns nicht, näher auf die Tatsachen, die von manchen Zeugen zu Tage gefördert, einzugehen; unsere Pressefreiheit verlangt klasterlange Auseinandersetzungen mit geringer Substanz, und das können und wollen wir nicht tun.

Am 15. April fand in den Redaktionen, Administrationen und Druckereien der in Pest erscheinenden Blätter „Sozialist“ und „Kommunist“ Hausdurchsuchungen statt. Gesucht wurde außer den beiden Blättern, deren Nummern von der Ober-Staatsanwaltschaft beanstandet sind, die Nummern der in London erscheinenden Freiheit vom 11., 18. und 25. Februar und vom 4. und 18. März 1882. Gefunden wurde gar keine „Freiheit“ und vom „Kommunist“ etwa 18 Exemplare.

Am 19. v. M. fand neuerdings in der Redaktion und der Druckerei des „Kommunist“, gleichzeitig eine von drei Kommissionen vorgenommene Hausdurchsuchung statt, wobei auch die Betten durchgesehen wurden. — Der Redakteur des „Kommunist“ hatte bereits am 19. April ein Verhör vor dem Preß-Untersuchungsrichter Koloman v. Czery zu bestehen.

Am 20. April l. J. starb in London der bahnbrechende Naturforscher Charles Robert Darwin. — Wegen Mangel an Raum sind wir gezwungen, seine Bedeutung für die Naturwissenschaft erst in der nächsten Nummer zu besprechen.

Gegen Ende des vorigen Monats brach unter den Bergarbeitern von Dug und Umgebung ein Streik aus, welcher große Dimensionen angenommen und bis heute noch, nach den Berichten der Tagesblätter teilweise fort dauert.

Nachdem wir bis heute über die dortigen Vorkommnisse keinen verlässlichen Bericht haben, der uns jedoch versprochen ist, so sehen wir uns gezwungen die Telegramme, wie sie die Tagespresse gebracht, hier folgen zu lassen:

Prag, 1. Mai. Der Streik verläuft in den betreffenden Bezirken ohne Ausschreitungen. Zufolge behördlichen Eingreifens weicht die Erregung allenthalben einer beruhigteren Stimmung. In sämtlichen Revieren wird in einzelnen Schächten unter vollkommen ausreichendem Militärschutz teilweise gearbeitet. Einzelnen Ruhestörungenversuchen wurde durch die sofortige Verhaftung der Aufwiegler vorgebeugt. In Kuffig wird bereits für die nächsten Tage die Wiederaufnahme der Arbeit angehofft.

Die „Vorstadt-Zeitung“ vom 2. Mai, schreibt in ihrer Rubrik: „Politische Tagesgeschichten“ wie folgt:

Gestern soll Graf Zaaffe Gelegenheit genommen haben, sich gegenüber dem Abgeordneten des Kuffig-Teplicher Bezirkes über den dortigen Streik zu äußern. Der Ministerpräsident habe, so heißt es, versichert, daß die genügende Zahl Militär in den Bergwerksbezirken dirigiert worden sei, um überall, wo die Arbeiter ihre Arbeiten wieder aufnehmen wollten, diese vor Terrorismus der Streikenden zu schützen; die Behörden seien angewiesen, alle nicht in dem Bezirke zuständigen streikenden Arbeiter abzuschließen. Es sei zu erwarten, daß binnen wenigen Tagen der Streik im Großen und Ganzen beendet sein werde. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde man über den ganzen Bergwerksbezirk den Ausnahmezustand verhängen, um der Bewegung so rasch als möglich Herr zu werden. D. h. er lautet bekanntlich die offiziöse Parole, in Oesterreich gebe es keine soziale Frage, jetzt gewinnt es indes den Anschein, als ob doch etwas Ähnliches bei uns existierte, wenn auch gleichsam lokalisiert in den böhmischen Rolenbergwerksbezirken. Und einigen Ernst wird man bei der Sache wol beizumessen haben, denn wie würde sonst der Ministerpräsident an den Ausnahmezustand denken? Im Uebrigen darf man gespannt sein, ob nicht demnächst in dieser Zeit der Steuererhöhungen auch etwas Genaueres verlautet über das sozialpolitische Reformprogramm der Regierung; an Stoff zu demselben kann es jedenfalls nicht fehlen. Wie gegen die liberale Partei, wenn sie jetzt am Ruder wäre, von ihren Widersachern die Streik ausgebeutet werden würden, das braucht man nicht weiter zu erörtern.

„Vorstadt-Zeitung“ vom 3. Mai:

Die energische Aktion gegen die Streikenden wird fortgesetzt und hoffentlich mit den besten Resultaten für Beendigung der gefährlichen Bewegung, welche immer heftiger zeigt, daß sie gegen die bestehende Ordnung gerichtet ist und ausschließlichen sozialistischen Tendenzen entspringt, für welche der gegenwärtige Zustand eine Art Generalprobe war. Die zahlreich vorgenommenen Hausdurchsuchungen förderten sozialistische Flugblätter und Korrespondenzen zu Tage.

Ferner wurde im Gasthause „zur Sonne“ Dynamitpatronen, eine Zündschnur und zwei Revolver gefunden. Die Rädelführer der Bewegung: Jahoda, Vorstand des Fachvereines, Prodaska, Stellvertreter, Sig, Präsident der Bergarbeiter-Versammlung, die Agitatoren: Müsil, Frisch, Bretschneider und Jelenka wurden verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. In Dug wurden 25 Arbeiter verhaftet. Die Zahl der unter militärischem Schutze zur Arbeit Zurückgebrachten mehrt sich.

Prag, 4. Mai. Der Streik ist im vollsten Rückgange begriffen. Auch in den Brünner Schächten arbeitet beinahe Alles. In wenigen Tagen wird hoffentlich der Streik vollständig beendet sein. Die Abschließung aller nicht Beschäftigten war von heilsamem Erfolge. Ten Berichten sind im Ganzen etwa 70 Personen überliefert worden. In einem einzigen Falle mußte ein Schandarm von der Waffe Gebrauch machen. Als nämlich in Haret der Sozialdemokrat Ferd. Havranek verhaftet werden sollte, vergriff er sich an dem Schandarm und hielt dessen Säbel, während das Weib Havranek's dem Schandarm die Blute zerriff. Der Schandarm mußte daher mit Anwendung der Waffe die Verhaftung vornehmen. Die Kerle erklärten die Verwundung Havranek's für nicht gefährlich. Anstellungen, die hierauf in dem Orte stattfanden, wurden durch zehn Mann Militär zerstreut. Die in Teplich verbreiteten Gerüchte über Zusammenkünfte in Soborten sind unwahr.

Prag, 5. Mai. Aus Dug, dem Zentralpunkt der ganzen Streikbewegung, laugen Tepeschen an, des Inhaltes, daß der Streik daselbst als überwunden zu betrachten sei. Es fand keinerlei Ruhestörung statt und ist auch in den übrigen Bezirken ein stetiges Wiederanwachen der Arbeitskräfte zu konstatieren.

Die „Presse“, ein gewiß nicht arbeiterfreundliches Blatt schreibt folgendes:

Am 28. April fand über Aufforderung der Teplicher Bergbehörde eine Versammlung im Vereine für die bergbaulichen Interessen in Teplich statt, in der 45 Werke aus dem streikenden Reviere anwesend waren. Anstatt sich nun auch nur akademisch mit dem Arbeiterprogramm zu befassen, faßte man den einstimmigen Beschluß, bei der am nächsten Tage stattfindenden Ausschaltung der Arbeiter keinerlei Vorschüsse für nicht geleistete Arbeiten zu erteilen. Dagegen, und hier zitieren wir wörtlich das Organ der nordböhmischen Rolen-Interessenten, wurde beschlossen, „die einzelnen Bezirkshauptmannschaften unverzüglich in Kenntnis zu setzen,

Der Nationalitätenhader.

Eine merkwürdige Erscheinung am menschlichen Egoismus ist die Steigerung des individuellen Hasses zum Gruppenhass. Es gibt kaum eine Familie, in der nicht die einzelnen Geschwister in einem größeren oder geringeren Familienhader miteinander leben möchten. Zwischen einzelnen Familien hinwiderum besteht eine Spannung eigener Art. Die Mitglieder der einzelnen Familien halten sich der engeren Differenzen in ihrem Gegnertum gegen andere Familien fest zusammen. Die Familien vereinigen sich wieder zur Gegnerschaft, wie man sie zwischen Gemeindeforporationen, Städten z. B. sieht und die höchste Potenz, sowie die größte Nachhaltigkeit erreicht ein solcher Gruppenhass mit dem mit ihm verbundenen Fanatismus und Hader im sogenannten Nationalitätenhader.

Da gerade in unserer Zeit solch' unerquickliches Geiz an der Tagesordnung ist, so scheint die Frage nach der Berechtigung eines sogenannten Nationalitätenstolzes, sowie nach den Faktoren, welche bei der Entwicklung des Nationalitätenhaders maßgebend sind, keine müßige zu sein.

Man hat behauptet, daß gewisse Kulturvölker mehr für die Entwicklung des menschlichen Geschlechtes beigetragen hätten als andere und in Folge dessen eine Ausnahmestellung unter den übrigen einnehmen mußten. Wenn man aber die Sache genau betrachtet, kommt man zu einem ganz anderen Schlusse. Es ist nicht zu leugnen, daß gewisse Nationalitäten sich in der Wissenschaft außerordentlich hervorgetan. Dagegen haben aber andere wieder in kommerzieller, andere wieder in industrieller Beziehung z. z. viel mehr geleistet als andere. Es wird aber keinem Menschen einfallen, zu behaupten, gerade die Wissenschaft, oder ausschließlich der Handel, oder ganz allein die Industrie sei der maßgebende Faktor für den Fortschritt. Wenn dies aber nicht der Fall ist, so müssen wir uns eingestehen, daß jedes Einzelne in seiner Weise gleichviel zur Kulturentwicklung beigetragen hat, daß also die Durchschnittsleistung dieselbe ist und von einem Vorrang einer Nationalität vor der anderen nicht die Rede sein kann.

Es gibt nun wol einzelne Nationalitäten in Europa, die, man erlaube uns den Ausdruck, in kultureller Beziehung jünger sind, die keinen so ausgebildeten Standpunkt einnehmen wie andere. Man hat daraus den Schluß gezogen, daß diese „jüngeren“ Kulturvölker von den „älteren“ bevormundet werden müßten. Dies ist aber ein vollständig verfehlter Schluß und wir können mit Bestimmtheit behaupten, daß eine zwangsweise Bevormundung nicht nur der Kulturentwicklung nicht förderlich, sondern geradezu schädlich ist.

Die Bevormundung einer hochentwickelten Kultur über eine minder entwickelte, macht sich innerhalb Grenzen eines Naturgesetzes von selbst geltend und bedarf durchaus keines Zwanges.

Die Geschichte bietet uns zu diesen Taten Beispiele in Hülle und Fülle.

Alle Völker Europas sind Jahrhunderte hindurch und bis zum heutigen Tage durch das Übergewicht der römischen und griechischen Kulturleistungen bis in die geringsten Details bevormundet und am Gängelbände geführt worden, und nämlich die Rechte dieses Einflusses in jeder fortschrittlichen Beziehung sind in keiner Weise zu unterschätzen. Allein diese Führung und Bevormundung war keine gezwungene, denn das römische und griechische Volk hatte längst aufgehört als solches zu bestehen und nur seine geistige Hinterlassenschaft war für uns maßgebend. Wir lernten Latein und Griechisch, wir machten uns das römische Recht und die griechische Kunst eigen, nicht weil wir dazu gezwungen wurden, sondern weil wir aus Eigenem zur Überzeugung gelangten, daß wir auf diesen vorgebauten Stufen viel leichter zu den Höhen der Humanität emporklimmen könnten.

Wie anders aber verhielten sich die Dinge zu jener Zeit als das römische Volk in eigener Person den Germanen, Galliern und den slavischen Stämmen, mit welchen es in Berührung kam, seine Sprache, seine Institutionen z. B. oktroyieren wollte! Anstatt einen segensbringenden Einfluß auszuüben, kam es zu den endlosen Kämpfen, zu Kämpfen die um so fürchterlicher waren, weil der nationale Haß ins Spiel kam und ins Spiel kommen mußte, damit bei einem zwangsweisen Aufbringen der Kultur immer die Entnationalisierung des bezwungenen Volkes Hand in Hand geht.

Es ist übrigens gar nicht nötig ins Altertum zurückzugreifen um Beispiele zu unserer Betrachtung zu gewinnen.

Als man vor geraumer Zeit in einem gewissen Teile Polens zwangsweise die deutsche Sprache einführen wollte, da galt es ebendasselbe für die größte Schande, ja für einen Verrat an der Nation deutsch zu sprechen. Heute, wo den Leuten ihre nationalen Rechte fast vollständig eingeräumt sind, gilt es als ein Zeichen höheren Bildungsgrades, wenn jemand sich der deutschen Sprache zu bedienen weiß.

Aus dem vorhergehenden kurzen Auseinandersetzen erhellt zur Genüge, daß einer der mächtigsten Faktoren zur Schöpfung des Nationalitätshasses das Aufdrängen fremder Kulturformen ist und daß dieses nicht zum Fortschritte sondern nur zum Rückschritt führen kann. Nur freiwilliger Anschluß an fremde, anerkanntermaßen bessere Formen führt zur Entwicklung.

Es handelt sich nun weiters um die Frage, ob es den wirklich reine Nationalitäten gibt, oder noch besser, ob irgend ein Individuum behaupten kann, es gehöre wirklich der Nationalität an, deren Sprache es spricht, auf deren Boden es erzogen worden ist.

Bei Beantwortung dieser Frage muß leider eine Tatsache zur Sprache kommen, welche eine der

bedauerlichsten für das 19. Jahrhundert ist, nämlich die Tatsache, daß die Wissenschaft in Deutschland und auch in anderen Ländern nicht mehr frank und frei ihrer Wege geht, sondern bereits in einem erschrecklichen Maße beschränkt durch die Regierungen, auch durch sonst tüchtige Männer aus Ordens- und Stellen sucht, auf Abwege gebracht worden ist. Natürlich sind jene Zweige der Wissenschaft am übelsten daran, welche in sozialen Fragen zu Gunsten des Fortschritts den Ausschlag geben könnten.

Ein solcher Wissenszweig ist die Anthropologie. Ihr fällt die Aufgabe zu, nachzuweisen, welchem Stamme und welcher Nationalität etwa ein lebendes oder totes Individuum angehört oder angehört haben mag. Die Art und Weise, wie sie dies tut, können wir begreiflicher Weise hier nicht auseinandersetzen.

Wir wollen nur bemerken, daß Fachmänner in diesem Wissenszweige absichtlich von falschen Grundrissen ausgehend, den Nachweis geliefert haben, daß es wirklich vollständig rein erhaltene Nationalitätstypen gebe. Diese Behauptung ist vollständig falsch und glücklicherweise haben sich hervorragende Männer der Wissenschaft gefunden, welche nicht nach Orden und Ehrentiteln strebend der Wahrheit die Ehre geben und nachweisen, daß heutzutage kein einziges Individuum, wenn es auch nur eine bestimmte Sprache (seiner Muttersprache) vollständig spreche und in Sitten und Gebräuchen, vollständig sich an eine Nationalität angeschlossen, mit Bestimmtheit von sich behaupten könne, es sei ein unvermischter Sprößling dieser Nationalität. Wenn aber kein Mensch behaupten kann, daß er unbedingt einer bestimmten Nationalität angehöre, so ist jeder Nationalitätenhader und jedes Nationalitätenmangels ein Unding.

Wenn wir schließlich, alle anderen Gesichtspunkte außer Acht lassend, uns auf rein sozialistischen Standpunkt stellen; so müssen wir sagen:

Die größtmögliche Freiheit und menschenwürdigste Existenz für jedes Individuum zu erreichen, ist Aufgabe der gesamten Menschheit; die möglichste Entwicklung und das möglichste Gedeihen der gesamten Menschheit anzustreben, ist Aufgabe jedes einzelnen Individuums. Ebensovienig wie der Mensch für uns als Tischler oder Schuster, als Gutsherr oder Gelehrter in Betracht kommt, ebensovienig kommt er für uns als Franzose oder Engländer, als Deutscher oder Slave in Betracht. Für die Erreichung jener Ziele kommt er eben als Mensch und nur als solcher in Ermägung.

Wir warnen daher alle Genossen, sich allen jenen nationalen Strömungen anzuschließen, wie sie heutzutage von der großen Politik in Bewegung gesetzt werden, um — den Rückschritt zu begünstigen. Wir bedauern vom Herzen jene armen verblendeten Menschen, die wie in Sizilien ein Fest zu feiern im Stande sind, welches eine der größten Gräueltaten des Nationalitätenhaders verheerlichen soll und wir sind der festen Überzeugung, daß keiner unserer italienischen Genossen unserer Partei die Schande einer Teilnahme an jenem Feste zu Teil werden läßt.

Eine Antwort der Verwaltungsratspresse.

Die Aera Laaffe hat unser politisches Leben wieder einigermaßen in Fluß gebracht. Allorten regt sich's; die Geister der verschiedensten Kulär, der Reaktion der Reform und der — sagen wir der Anti-Reaktionreform sind wach geworden.

Selbstverständlich bleibt auch der falschen Opposition, will sie nicht im Marasmus vergehen, nichts Anderes übrig, als wieder einmal „liberal“ zu flunkern. In dem Schilde, wo die Leute sitzen, die sich aus unserem Noth die Pfeifen schneiden, rauscht's gewaltig; da wird schauerlich — Wind gemacht.

Wenn man die Semaphoren, die Rebellhörner, der „liberalen“ Partei so in die Welt hinausbrüllen hört, so möchte der minder auf den Grund Sehende fast glauben, diesen „ehrenwerten“ Herren ist bitteres Unrecht widerfahren.

Mit einem Schlage hat sich aller Reaktionen, von dem großen „Weltblatt“, das in Manchester's Doktrin, Türkenlösen zc. macht, bis hinab zu dem Organ, das stets das „neueste Urteil“ nebst der Fotografie von Raubmördern und ähnlichen Kraftmeiern bringt, eine unnennbare Sehnsucht bemächtigt, dem Arbeitsmann, dem „Enterbten“, um den Hals zu fallen und zu küssen und ihm alles Mögliche, Schöne und Gute, bis zu einem Haus auf der Ringstraße und eleganten Equipage sind sie allerdings noch nicht gelangt, zu — versprechen.

In der Zeit, wo „man“ durch die Offiziösen im feierlichen Ernste verkünden läßt, daß es keiner speziellen Gesetzgebung bedürfe und „man“ die Dinge von „Fall zu Fall“ regeln lassen werde, weil es bei „uns“ keine Arbeiterfrage in dem Sinne gibt, wie in anderen Ländern — der selige Gieskra, der mit den bekannten zerrissenen Stiefeln seine „glänzende“ Laufbahn begann und bei dem die Sozialdemokratie in Bodenbach aufhörte, hat sich gewiß dreimal herumgedreht — sind nun solche Auslassungen, wie man sie jetzt täglich in den Zeitungen lesen kann, doppelt interessant.

Das Schönste aber leistet in dieser Beziehung das Organ der „Goldwährungsämner“, die liebeliche „Wiener Allgemeine“, in ihrem Morgenblatte vom 12. April. Den Anlaß dazu gibt ihr, wie sie selbst sagt, das Brünner Arbeiterprogramm mit allen seinen Ueberschwenglichkeiten.

Zuerst macht sie einen zierlichen Knix und lobt die Arbeiter, welche sich, „zumeist unter kümmerlichen Verhältnissen das Leben fristend, dennoch maßvoller vernünftiger

zigen, als Diejenigen, welche ihnen als die Gebildeteren, Vorurteilsloseren gegenüberstehen sollten“.

Die gute Seele!

Dann legt sie schamhaft erröthend das schüchternen Gesicht ab, daß man es den Arbeitern nicht verargen kann, wenn sie Anhänger eines radikalen Umsturzprogrammes sind, weil von Seite der Machthaber gar nichts für sie getan wird, aber „wir“, die auf den „chten“ Liberalismus das Patent haben, sind ganz andere Kerle! „Die oberen Schichten“, sagt sie, „zeigen Symptome von greifenhafter Gleichgiltigkeit gegen jede ideale Richtung.“ Das ist freilich böse für eine so junge Dame, wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“.

Und nun meint das holde Kind gar, daß „halt Alles, Grundbesitzer, Fabrikanten und Zünftler“, den Staat als Melkkuh betrachtet und durch die Tränen durch blinzelt sie herüber, die gute Stunde, und warnt die Arbeiter, Vorträge für sich und ihren Stand aus den Händen der „Erbfeinde jedes Volksrechtes“ zu erwarten. Schade, daß wir das jetzt erst erfahren!

Aber noch mehr! Sie weiß auch schon, daß aufgeweckte Schneckerl, daß „die Arbeiter noch die Sturm- und Drangperiode vor sich haben, während die Bourgeoisie mit einer Art überlegenem Lächeln auf die Jugendentorheiten zurückblickt.“ Wer das nette Ding doch so geschickt gemacht hat?

Hierauf deklamirt sie über den Unterschied zwischen bloß politischen Rechten und wirklich materieller Verbesserung der Lebenslage und gelangt zur merkwürdigen Erkenntniß, daß die Arbeiter keine begeisterten Anhänger der Verfassungspartei sind. Das ist doch merkwürdig, was diese „Wiener Allgemeine Zeitung“ Alles weiß.

Nach einigen wertlosen Schnurpfeisereien meint sie, die ehrenwerte Person, „uns würden sie — die Arbeiter — glauben, wenn wir ihnen Hilfe versprochen.“ Glückliche Jugend! Sie weiß noch nicht, daß „sie“, die Arbeiter, auf „Versprechen“ nicht mehr fliegen, wie der Wiener sagt, und sie meint es doch so gut. — Armes verkanntes Genie!

Ja so einfältig ist das naive Gemüt, daß es glaubt, die „Liberalen“ dürften nur trommeln und die Arbeiterpartei würde sofort den Resonanzboden für sie abgeben. Die „Hände“ wären so leicht zu düpien, als wie die armen, bedürftigen Leute in den unterschiedlichen „Verfassungs- und demokratischen Vereinen“. Nein, meine schöne Dame, so weit ist es gelobter Weise noch nicht gekommen.

„Die Arbeiter werden mit sich handeln lassen“ sagt die süße Unschuld, wo sie dabei hingedacht haben mag? Handeln kann man um alte Hosen, gebrauchte Stiefeln, ja sogar um Papierrente, aber dort, wo es sich um die „unveräußerlichen Menschenrechte, die ewig wie die Sterne sind“, handelt, da handelt sich nichts!

Aber wenn sie der Verfassungspartei die Dummheit vortreibt, den Zünftlern zwar nicht ganz, aber doch etwas concessionirt zu haben, stimmen wir mit ihr überein.

In allem Ernste gesprochen, auch dort hat sie recht, wenn sie meint, daß es für die liberale Partei etwas zu bedeuten hätte, wenn es ihr gelänge, durch eine „zielbewußte und ehrlich gemeinte Action“ die großen arbeitenden Massen herbeizuziehen, nur hinkt die Geschichte etwas und zwar in der Hauptsache.

Erstens, so sind die Arbeiter denn doch nicht, um sich, wie anno 1848, im Interesse des „liberalen“ Bürgertums auf den Barrikaden ermorren zu lassen und zweitens müßten wir gar keinen Punkt, wo ein gemeinschaftliches Interesse vorhanden wäre, es wäre denn jener, wo es sich für den „nüchternen Realpolitiker“ des Goldwährungsblattes darum zu handeln scheint, die Machtmittel in die Hände der braven Bourgeoisie, wie z. B. in Frankreich, zu legen, wo Herr Gambetta's Regierung auch die „Autorität des Staates“, die „organisirte Macht“ den Arbeitern entgegenstellte.

Sie sehen also, ehrenwerte Person, wie sehr wir sie durchschauen und uns nicht zu Statisten in Ihrer traurigen Komödie herabwürdigen lassen; traurige Komödie deswegen, weil sie uns die ganze Kumpanei, die hinter den „liberalen“ Zeitungen steht, weder das Herz, noch den Mut, ja vielleicht nicht einmal das nötige Verständnis für die ganze Sache mitbringen.

Zu Kapstraten ist die Arbeiterpartei viel zu gut und es müssen ganz andere Leute kommen, denen sie glaubt und keine zweimal Nein und einmal Ja sagen. Adieu Madame!

F. S.

Politische Uebersicht.

In Deutschland bauert die ultramontane Strömung fort und haben die Ultramontanen immer wieder neue Siege zu verzeichnen. Einer der Hervorragendsten ist ohne Zweifel, wie unsere Leser bereits wissen, die Annahme der Vorlage zur Abänderung der Waagegesetz, welche durch ein Uebereinkommen der Konservativen und Ultramontanen zu Stande kam.

Die Bismarck'schen sozial-ökonomischen Reformen fangen schon an Blüten zu treiben. So nimmt unter Anderem die Auswanderungskluft in Deutschland immer mehr und mehr zu. Merkwürdig ist die Tatsache, daß aus Württemberg eine große Anzahl, und zwar wohlhabende Auswanderer und erprobter Arbeiter nach Palästina zieht, um sich dort vorzugsweise in Jaffa anzusiedeln. Diese Stadt beherrscht bereits fast bei 400 württembergischer Untertanen.

Aus Luzern wird gemeldet, daß die Buchdruckergesellen sich auf dem Wege des Streikens an die Buchdruckereibesitzer gewendet hätten, um die

Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zu erlangen. Wir wünschen ihnen alles Glück.

Frankreich. In der Form haben die französischen Deputierten abermals den Anstoß zu einem nicht zu unterschätzenden Fortschritt gegeben. Das Komitee der Deputiertenkammer hat nämlich mit 10 gegen 1 Stimme die Abschaffung des üblichen Schwures bei Gott genehmigt und empfielt somit die Entfernung der Kreuzfuge aus den Gerichtssälen etc.

Der „Memorial Diplomatique“ weiß von einer geplanten Zusammenkunft aller europäischen Herrscher zu erzählen, zur — zur Sicherung des Weltfriedens. Wir hätten gar keine besondere Ursache auf diesen Weltfrieden begierig zu sein.

Die Ergebnisse des im Dezember v. J. in Frankreich erhobenen Bevölkerungszensus stellen sich so ungünstig als möglich. Die ganze Volkszahl beträgt 35,597.000. Die Bevölkerung des flachen Landes hat abgenommen, die der Großstädte zugenommen.

Ein Preis dem geriebensten Volksversführer wird in Paris zu teil. Ein Herr, Isaac Pereire, schrieb vor zwei Jahren für das Studium der sozialen Fragen und besonders derjenigen, welche auf Linderung der Massenarmut Bezug haben, Preise aus. Das Unternehmen soll von Erfolg gekrönt sein, versichert das feudale Blatt, die „Wiener Tribüne“. Beinahe 600 Denkschriften sind der Jury unterbreitet worden. Sie brauchte ein Jahr (?) um alle diese Werke zu prüfen und zu klassieren. Die Jury entwickelte in dieser kritischen Tätigkeit die Aufmerksamkeit und den gewissenhaftesten Eifer. Ihre Mission ist jetzt beendet. Die „Liberé“, Organ der Familie Pereire wird die Namen der Verfasser und der preisgekrönten Werke, sowie das Schlussprotokoll des Preisgerichts veröffentlichen. Die „Tribüne“ und mit ihr die übrigen reaktionären Pressen jubeln zu früh. Die Pariser Arbeiter lassen sich nicht mehr durch solche plumpe Gauereien tödern. Das könnte höchstens noch in China gedeihen und dem Spießbürgertum einen ruhigen Schlaf sichern. Dieser Fall zeigt, zu welchen Mitteln man schon greifen muß um das rote Gespenst von sich zu bannen.

Aus **Rußland** klingen noch immer die alten Melodien. Panlawisten und Judenhasen. Mit der Giers-Affaire veripricht man sich in der höheren Politik Wunder über Wunder. — Wir werden ja sehen.

Der Zar füllt endlich ein klein wenig menschlich rühren — hö t! Er hat nämlich angeordnet, daß alle beim Terroristenprozesse zum Tode Verurteilten zur Zwangsarbeit aufzunehmen sind. Das heißt den Tod so viel Mal vervielfachen als diese „unbestimmte Zeit“ Minuten zählt.

Zwei Männer, welche bei dem auf Strelnikoff verübten Attentate festgenommen wurden, wurden auf Befehl des Zaren innerhalb 24 Stunden hingerichtet.

Zar Alexander III. hat, wie man jetzt erfährt, dem Beispiele seiner Vorgänger folgend, neben seiner Gattin noch eine Wulfsfreundin. Dieselbe heißt Donnischetinsky, soll hübsch sein und wurde vorigen Jahres in Petersburg und in Moskau als Zirkusreiterin und Ballettänzerin bewundert. Der Zar begann das Verhältnis mit ihr noch bei Lebzeiten seines Vaters, brach nach dem Tode desselben den Verkehr mit ihr ab und berief sie vor drei Monaten wieder zu sich nach Gatschina, damit sie ihn für das einsame Leben, das er dort im Schlosse führte, entschädige. Seine Gattin soll bei ihren Eltern, dem Königspaare in Kopenhagen, bitter geklagt und um Erlaubnis zur Rückkehr nach Hause gebeten haben.

In den Osterfeiertagen fand der Zar in Gatschina ein Schreiben des Revolutionskomitees vor, in welchem es heißt, falls am Rönungstage Rußland seine Freiheiten nicht bekäme, der Zar dem Tode verfallen sei.

Der Zar brauche nur in seinem Arbeits- und Schlafzimmer nachsehen zu lassen, so wird er wenn auch nicht geladene Sprenggeschosse vorfinden. Man fand auch in der Tat zwei ungeladene Höllenmaschinen mit aufgezogenem Uhrwerk. Auf eine Warnung der Berliner Geheimpolizei, wonach die Leibwache des Kaisers Alexander mit Giften getränkt sei, fand eine Untersuchung statt, in der jedoch nichts Verdächtiges vorgefunden wurde.

In Kairo wurden dreizehn tscherkessische Offiziere vom Kriegsgerichte zur Verbannung verurteilt. Die Anordnung nehme von Tag zu Tag zu und die Vereiztheit der Beduinen gegen Arabi Bei sei eine sehr große.

England. London. Für die Vermehrung der irischen Polizei wurde von Gladstone eine Subvention von 180.000 Pf. St. verlangt. Könnte man das Geld nicht auch in England oder vielleicht gar speziell in Irland für andere Zwecke brauchen? Barmell hat sein Wort gehalten (wie wir auch gar nicht gezweifelt haben) und ist in sein Gefängnis zurückgekehrt.

Man ist übrigens in London noch immer wegen angeblicher Unterminierung der Docki und anderer öffentlicher Gebäude durch die Fenier in großer Angst.

Zum Schlusse bringen wir noch nachträglich einen ausführlichen Bericht des „N. J. Wochenblattes“ über die französische Kammer und die streikenden Arbeiter. Derselbe lautet:

Am 9. März fand in der französischen Kammer eine lebhafteste Debatte über die Verwendung der Truppen gegen die streikenden Minenarbeiter im Gard-Departement statt, dieselbe endete, wie bereits telegraphisch gemeldet, mit einem entscheidenden Sieg der Regierung; die einen Tadel enthaltende Tagesordnung des Interpellanten Laffan wurde mit 386 gegen 70 Stimmen abgelehnt und ein das Vorgehen des Ministeriums direkt billigendes Vertrauensvotum mit 309 gegen 48 Stimmen unter dem lebhaftesten Applaus der Monarchisten und „gemäßigten Republikaner“ genehmigt. Die Majorität bei dem

ersten Votum war gebildet von circa 330 Republikanern und ungefähr 50 Mitgliedern der Rechten; die Minorität bestand nur aus Republikanern, resp. 45 Mitgliedern der äußersten Linken und der Rest wurde durch Republikaner der übrigen Fraktionen gebildet. Die Majorität der vom Cabinet abgeleiteten Tagesordnung des Herrn Boyssset, sowie die betreffende Minorität von 48 Stimmen waren ausschließlich von Republikanern zusammengesetzt, letztere Zahl speziell von Mitgliedern der äußersten Linken und die 307 Stimmen der Majorität entfallen mit wenigen Ausnahmen auf die radikale Linke und die demokratische Union.

Die Gambaetta'sche Gruppe Union republicaine ist dabei nur durch ein paar Stimmen vertreten; die Masse dieser Fraktion enthielt sich der Abstimmung: Gambaetta selbst war von der Sitzung ferngeblieben. (Diese Phrasenhelden wagten nicht Farbe zu bekennen.) Die Rechte nahm gar keinen Antheil an dem Vertrauensvotum. Ob demselben eine große Bedeutung für die Zukunft des Cabinets beigemessen werden dürfte, ist stark zu bezweifeln. Was die von dem Minister des Innern vorgebrachten Argumente anbelangt, so herrscht unter den Deputierten nur eine Meinung darüber; man sagt, daß Herr Ribot sich kaum hätte schwächer erweisen können. Hingegen gab gestern Jedermann bereitwillig Herrn Clemenceau die oratorische Palme. Der radikale Vertreter von Montmartre war, wie fast immer, gründlich in der Behandlung seines Themas, schlagend in seinen Folgerungen, zuweilen sehr witzig, insbesondere in seinen Repliken auf die häufigen Unterbrechungen, und, was am meisten den fähigen Politiker kennzeichnet, er blieb stets maßvoll in seinen Angriffen auf die Regierung und die Kammermajorität, sowie auf die bestehenden gesellschaftlichen Zustände, welche ihm bezüglich der den Arbeitern geschaffenen Lage nicht gerecht und billig schienen. Am schmunzelhaftesten war die Rede da, wo Herr Clemenceau die Politiker geißelte, welche, um in's Amt zu gelangen, um regierungsfähig zu werden, ihr Programm aufgeben, auf dessen Grundlage sie früher gewählt wurden und sich ihren Namen, ihr Prestige erworben haben; die Opportunisten mußten ruhig zupören, wie der Redner an Gambaetta und dessen freisinniges Programm von 1869 erinnerte, von dem der Vertreter von Belleville jetzt nichts mehr wissen wollte. Ja, Herr Clemenceau hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß Gambaetta bei Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn eine denkwürdige Rede hielt, in welcher anlässlich eines ähnlichen Vorfalls, wie die Entsendung der Truppen nach Grand-Combe, das allgemeine Prinzip formulirte, daß die bewaffnete Macht nie gegen die in der Gesellschaft verharrenden streikenden Arbeiter verwendet werden dürfe. Freilich war vorauszu sehen, daß all diese Redekunst wenig oder gar kein praktisches Resultat herbeiführen werde, und Herr Clemenceau selbst dürfte wohl kaum daran zweifeln, daß die jetzige oder irgend eine der für die nächste Zeit möglichen Regierungen deshalb nicht wiederum Truppen gegen die Streikenden verwenden werde, weil die Radikalen der Kammer sich für die friedlichen Absichten der Streikenden überhaupt verbürgen. Wenn die Rede Clemenceau's irgend eine nachhaltige Wirkung erzeugt, so könnte dies höchstens insofern der Fall sein, als die Regierung den Vorwurf der Untätigkeit und Wankelmütigkeit in Bezug auf die versprochenen Reformen stillschweigend hinnehmen mußte.

Aus Parteikreisen.

Montag, den 17. v. M., wurde der zweite von uns in der letzten Nummer besprochene Sozialistenprozeß in Prag beendet. Von den 23 Angeklagten wurden 12 verurteilt und 11 freigesprochen. Verurteilt wurden wegen Geheimbündelei: Ad. Maier, J. Lebel, W. Hunacek, R. Redrie und Genosse Klager je zu einem Monat Arrest; wegen Uebertretung des § 305 Ab. Romernich zu 6 Wochen, Jos. Schalingner zu 14 Tagen, Schlichta zu einem Monat, Bagant (welcher auch bei dem ersten Prozesse verurteilt wurde) zu 14 Tagen u. s. w. Außerdem wurde noch Genosse Kacha wegen § 24 B. G. zu 50 fl. Geldstrafe verurteilt.

Die Verhaftung der 18 Genossen am 18. Dezember v. J. geschah auf Denunziation eines Taugenichts, namens J. Palecel. Den Bemühungen des Verteidigers Dr. Moriz Kollat gelang es, die Verurteilung des Vaters des Denunzianten zu der Schlussverhandlung zu erwirken, und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die 11 Genossen, gegen die er Zeugenschaft abgelegt hatte, freigesprochen wurden. Der Vater erklärte, daß sein Sohn ein schlechter Mensch sei, daß er ihm zuhause, was er ermitteln kann, verkauft, daß er auch immer seine eigenen Kleider verkauft und dann zerissen und halbnaht ihm am Hals kommt und daß ihm durch sein Glauben geschenkt werden könne. Auf das hin wurde von den Anklagen Palecel's abgegangen.

Privatim erfahren wir, daß Palecel für seine Denunziation 5 fl. erhalten haben soll und daß sein Vater die Polizeibehörde ersuchte, sie möge seinem Sohne kein Geld mehr geben, er will nicht, daß Jemand von seiner Familie derartige Geschäfte mache.

Der in den Osterfeiertagen in der Jaroslawer Bierhalle in Brünn tagende mährisch-schlesische Arbeitertag, welcher die Befestigung der Zusammengehörigkeit und Anregung zur tatkräftigeren Tätigkeit zum Zwecke hatte, wurde vom Genossen Ed. Zacharias nach den Bestimmungen des § 2 des Versammlungsgesetzes einberufen und hatten daher nur geladene Gäste Zutritt. Aus 33 Provinzorten waren 60 Delegirte anwesend und erklärte sich der Arbeitertag in sozialpolitischer Beziehung mit der fortgeschrittenen Arbeiterschaft Oesterreichs vollkommen einverstanden.

Oberkommissär Wobizla überwachte die Verhandlungen vom Anfang bis zum Schlusse.

Auf der Tagesordnung befanden sich folgende fünf Punkte: 1. Die Forderungen der Arbeiter. 2. Zweck der Arbeitervereine. 3. Die Presse der verschiedenen Parteien. 4. Die achtjährige Schulpflicht. 5. Freie Anträge.

Der Verlauf dieser, für die mährisch-schlesischen Provinzgenossen nützlichen Zusammenkunft war, in Hinsicht auf die beschränkten Reibefreiheit, ein erster und zeigte, daß die Teilnehmer sich der gegenwärtigen politischen Strömung bewusst sind. Besonders bei der Behandlung der Presse und des Vereinswesens wurde die Sanftmuth der Gesetze den Arbeitern gegenüber drastisch beleuchtet und die Faltung der korumpirten Geldropfenpresse, sowie der übrigen Presse der privilegiirten Klassen gekennzeichnet. „Die Zukunft“, der „Volksfreund“ in der deutschen, dann die „Dölnische List“ und „Spravdnost“ in der böhmischen Sprache wurden als Parteiblätter anerkannt und zur größtmöglichen Verbreitung empfohlen. Eine dem Programm der früheren Kongresse der österreichischen Arbeiterpartei angepaßte Resolution wurde angenommen und zum Schlusse erklärte der Arbeitertag, daß sammt-

liche bestehenden, politischen Parteien längst bewiesen haben, daß sie niemals für die materielle und politische Gleichstellung aller Staatsbürger eintreten werden und deshalb wird der mährisch-schlesische Arbeitertag an sie keine Forderungen stellen.

Dienstag, den 4. April, fand im 3. Bezirke eine freie Versammlung der Bäcker Wiens statt. Gegenstand der Verhandlung war die Lage der Bäcker und der Nutzen des Bäckervereines.

Referent Gargula bespricht eingehend den Zweck der Vereine und rügt die Launigkeit der Bäcker bezüglich ihres Eintrittes in den Verein. Er hebt hervor, daß die Arbeitgeber im Vortheile gegen die Arbeiter sind, indem sie Kapitalien besitzen, welche den Arbeitern nicht zu Gebote stehen, und daher müssen die Arbeiter durch die Organisation ihre Forderungen zu verwirklichen suchen. Mit kräftigen Worten fordert er zur Vereinigung auf, um der Knechtschaft einmal ein Ende zu machen. Ferner geißelt er die Schläflichkeit: Mißwirtschaft und die schlechte Kost derselben in mancher Bäckerei. Redner erklärt, daß er keine Worte findet, um die elenden Verhältnisse, die jeder Beschreibung spotten, so zu kennzeichnen, wie sie es verdienen.

Nachher spricht ebenfalls sein Bedauern über die spärliche Vereinigung der Bäcker aus und verglich die heutigen Verhältnisse mit der Sklaverei der Neuzeit. Die Abschaffung dieser unwürdigen Verhältnisse soll sich jeder Bäcker zur Aufgabe machen. Er schloß mit dem Ausrufe: „Brüder, einigt Euch, um vereint eine Verbesserung unserer Lage durchzuführen und wartet nicht, bis ein Messias kommt, um Euch zu erlösen, denn ein solcher kommt nie.“ Nachdem Hybes als Gast gesprochen, wurden Einschreibungen vorgenommen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Sonntag, den 25. März, fand im Gasthause „zum schwarzen Bod“ in Meidling eine freie Versammlung der Weber statt. Den Vorsitz führte Genosse Kousel. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie ist die Lage der Weber zu verbessern? 2. Zweck der Vereine.

Genosse Schustacek als Referent sagte: „Wenn wir unsere Lage verbessern wollen, so müssen wir die Lohnverhältnisse untersuchen, nach welchen Gesetzen sie sich bewegen. Wir leben, daß die Arbeit, wenn sie im Ueberflusse vorhanden ist, nicht einmal zum Selbstkostenpreise verkauft wird. Je mehr wir arbeiten und den Fabrikanten die Magazine füllen, desto weniger ist er geneigt, uns einen Lohn auszusenden, der den menschlichen Bedürfnissen entspricht, weil er uns nicht notwendig braucht. Deshalb ist es am notwendigsten, die Arbeitszeit auf zehn Stunden zu reduzieren. Weiter ist notwendig, daß wir uns ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, dann vollständige Koalitions- und Redefreiheit erkämpfen.“

Josef Hybes sagt, daß wir als Menschen berechtigt sind, an der heutigen Kultur gleich den anderen Gesellschaftsklassen teilzunehmen. Die öffentliche Moral hat das schon längst anerkannt. In der slavischen Sprache haben A. Hybes, Reibel und Fleischer dieselben Ansichten entwickelt.

Zum zweiten Punkte legte Genosse Schustacek die Wichtigkeit der Arbeiterverbrüderung auseinander und schloß mit dem Wahrspruch: „Vereint sind wir Alles.“

Ueber den zweiten Punkt sprachen noch die Genossen Fleischer, Einsmaier, Wirländer, Havranek und A. Hybes, welcher letzterer den Antrag stellte, einen Verein der Weber zu gründen. Schustacek und Einsmaier machten dagegen heftige Opposition und empfahlen den Eintritt in die Gewerkschaft der Stuluarbeiter; bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag, einen Verein der Weber zu gründen, angenommen.

Die Pressefreiheit in Oesterreich. Die letzte Nummer der „Dölnische List“ wurde Freitag den 21. v. M. mit Beschlag belegt. Die Herausgeber dieses Blattes wissen nicht mehr, wie sie das Blatt ihren Abonnenten zustellen sollen. Die Konfiskation kommt meistens erst dann, wenn die Blätter auf der Post liegen und weil einige Wiener Abonnenten sich unterdessen auch ihre Blätter abholen, die Polizei also nicht alle Exemplare erwischt, so bewilligt das Pressbureau keine zweite Auflage. Bei dieser letzten Nummer wollten die Herausgeber dem vorbeugen und legten daher die Pflichtexemplare schon Dienstag den 18. d. M. vor, warteten, mit dem Drucke bis Donnerstag und die Konfiskation kam wieder erst am Freitag als die Blätter schon auf der Post lagen. Das heißen manche Leute Pressefreiheit.

Ausweise.

Nr. 116.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Die Roten in der Josefstadt 1.71, Genossen Floridsdorf 1.87, Villardpartie 20, der rote Teufel 30, Genossen vom Gaswerk 45, Gustav Ender 40, Vincenz 20, Ender 20, Druck erzeugt Gegenbrand 60, Hampf 14, K. 2., Bernhard 10, Wellina 10, Referenten bei S. Masurka 65, Dapl's Gasthaus 1., der Jesuit 25, Bart 10, einer der die Zukunft liest 14, die Roten in der Josefstadt 80, Schier 20, J. P. 10, die Roten vom Wenzelsplatz 53, Robert Blum 10, die Roten in der Josefstadt 2.95, eine Tischgesellschaft der Kleidermacher Innsbrucks 1.50, Zanger, Dr. Neustadt 20, Prinz, Leobersdorf 10, Güter 40, zwischen Neumkirchen und Ternitz aufgefassen 2.83, Union ist gerettet 30, herzlichsten Grüße von Guss 2., Kaller 20, vergiß die Inhaftirten nicht 5.44, nicht Semiten, nicht Antisemiten, sondern Arbeiter bei den drei Engeln 10., Schneider-Fachblatt 12.10, Genossen Floridsdorf 80, Regelpartie 31, Genossen in Gaswerke 1.23, Wsch: Geier 20, Wogl 20, Hahn 20, Hilscher 10, Baruter 10, Arbeiterfreund, Brünn 35., rotes Osterreich, Wels 2., Karl Walters, Meran 3.75, Ueber, Eisenberg 20, eine Wäcker 24, von der schönen Schärferin bei der Latern 40, von Ingersdorf 36.10, Schad 12, Tischgesellschaft bei Sigl 3.25, Genossen Freudenthals 5., Wellina 10, P. Nr. 245 40, J. 20, Meerschbaum und Massabildbauer 1.90, Roter vom Neubau 20, Sozialisten am Geiselberg 2.60, Kommunisten am Geiselberg 2.60, Wundfabrik Harmer 80, der Trauermarsch beim schwarzen Ruch in Breitenfeld 1.43, Werrstätte Döbel Nr. 1 80, Jilka 10, die Roten am Galgenberg (daron die Hälfte den Slaven) 5.00, der Stulrichter von Klein-Reckel in Leobersdorf 1.90, unser Alter ist gestorben in Breitenfeld 3.60, Fernaller Waggonsfabrik 15, Genossen Floridsdorf 1.65, Genossen am Labor 1.45, Lokomotivfabrik 20, der rote Teufel 25, von einer Tischgesellschaft bei Herrn Kammer in Bottendorf 1.04, Pöschel 10, Wessler 60, die Referenten bei Herrn Masurka 50, St. Egid 20. Summa 131.83.

Verichtigung. Im Ausweise Nr. 112 wurde aus Versehen der Posten „Genossen Laibach 2.50“ ausgelassen. Die Gesamtsomme ist jedoch richtig.

Briefkasten.

Unger, Neutitschein: Wohin sollen wir die Blätter senden? J. W., R.: Seit 28. November 1881.

Herrn Pies. Hanslit in Wien, Unger in Meidling, Schmidt in Graz: Ihre Blätter sind als unbestellbar zurückgekommen.

Baruter, Wsch: Wichtig gestellt.

Stahny, S. . . . : Wird nochmals nachgesehen.

Arbeiterverein, Schlagenswald: Wird brieflich beantwortet.

Herr Werner: Haben Sie Antwort erhalten?

Demos: Das Erstere sowie das Zweite können Sie erhalten, das Dritte unbestimmt, ist eine Krankheit dazwischengekommen, jedenfalls werden Sie es erfahren.

Genossen in Penzing: „Indifferent“ wird Derjenige genannt, der Alles so gehen läßt, wie es eben geht, der ganz gleichgültig Alles hinwinkt, ohne zu denken, wie er sich vor unangenehmen Ereignissen mit eigener Tätigkeit schützen könnte, oder der ganz gleichgültig ist gegen bestehende Mißverhältnisse und gar nicht trachtet, durch sein Zutun dieselben zu verbessern.

daß allgemein bemerkt wird, daß die Mehrzahl der streikenden Arbeiter der Einstellung der Arbeiten nicht zustimmen, sondern nur als momentan verführt und von der großen Menge beherrscht werde, so daß der Streik bei Entfaltung von entsprechender Energie seitens der Behörden binnen acht Tagen beigelegt werden könne. Damit war freilich die Vermittlungsrolle der Behörde zu Ende, deren Sache es nicht war, zu untersuchen, wie eine „Mehrbheit“ sich durch eine „Menge“ terrorisieren lassen könne, und sie mußte vorgehen, wie sie vorgegangen ist.

Wir fürchten indes, daß sich die Herren vom Vereine für bergbauische Interessen doch einer Täuschung hingeben und daß der Schutz der Behörden allein die Frage nicht aus der Welt schaffen werde. Auch der mehrerwähnte Brief an den Abgeordneten von Kuffig und Trepitz atmet eine mit stolzer Zuversicht gepaarte Kampflust, die uns momentan nicht am Platze zu sein scheint. Gewiß ist es die heilige Pflicht der Behörden, dem Gesetze Respekt zu verschaffen und wir halten auch die Eventualität nicht ausgeschlossen, daß sich die Regierung genötigt sehen werde, über jene Rolendistrikte den Ausnahmezustand zu verhängen. Aber auch die Arbeiter sind Staatsbürger und deren Interessen zu wahren, ist nicht nur eine Pflicht der Regierung, sondern auch die des Parlaments. Wir wünschen aufrichtig, daß diesmal noch mit Anwendung aller Energie die Bewegung gedämpft, die Streiks beendet werden; aber wenn die Flamme nicht da oder dort wieder vom Neuen aufschlagen soll, dann ist es notwendig, daß man sich ernstlich auch mit den Wünschen der Bergleute befaßt und ihnen, soweit es angeht, Rechnung trage.

„Prager-Telegramme“ brachten den 1. Mai folgende Nachricht: Das Komitee zur Unterstützung russischer Juden wurde heute vom Statthalterei-Vizepräsidenten empfangen und die Unterstützung der eingeleiteten Sammlung zugesagt. Die Sammlungen nehmen einen guten Fortgang. Die Liste weist bereits Tausende von Gulden aus. Abends findet im Kasino eine Beratung wegen Einleitung von Sammlungen statt.

Wie in Agram Parlament gespielt wird, ist in einem Telegramme der „N. Fr. Pr.“ wie folgt erzählt: Das Gesetz über die Inkorporation der Verordnungen, betreffend die Einverleibung der Grenze, wurde am 4. d. in der Generaldebatte und in der Nachsitzung auch in der Spezialdebatte angenommen. Gelegentlich des vom Referenten Baron Djegovic gesprochenen Schlusssatzes entwickelte sich folgende Standalszene: Djegovic hatte die Aeußerung getan, daß es in neuerer Zeit Mode geworden, die Magyaren als Schreckenberger hinzustellen, aber davor können sich nur politische Kinder fürchten. — David Starcevic ruft: Was, Schreckenberger? Räuber sind sie! — Djegovic vermahnt sich gegen eine solche Ausdrucksweise. — Präsident Kreftic: Ich werde beantragen, dem Abgeordneten Starcevic eine Rüge zu erteilen. — Starcevic (immer wütender): Ich fürchte mich auch nicht, mein Vater hat in dem Streit gefochten, und ich sollte mich von Worten einschüchtern lassen! (Gestikulierend:) Ihr seid Räuber, Diebe! — Die Szene nimmt hier einen kaum zu beschreibenden Charakter an, der Präsident läutet fortwährend und droht Starcevic mit anderen Maßregeln; dieser ruft zurück: Laßt sie kommen, eure Schandarmen! Ich erwarte sie! — Die Abgeordneten verlassen ihre Sitze, die Majorität gruppiert sich um die Regierung, gegen welche Starcevic mit geballten Fäusten sich wendet und schreit: Besonders für Sie, Herr Jovovic, ist es eine Schande, hier zu sitzen. Sie bekommen 50 Gulden täglich dafür, daß Sie das Vermögen und die Nation selbst verkaufen. Sie sind nicht einmal einen Gulden wert! — Rusevic: Das ist eine Gemeinheit, die nicht geduldet werden kann. — Jospovic (zu Starcevic gewandt): Aber Sie sind ja hier im Landtage und nicht in einer Bauernschänke. — Ramenac (Starcevic ansehnend): Gib ihm eine Ohrfeige, daß ihm der Kopf herabfliegt! — Nunmehr gerät Alles außer Rand und Band, der Präsident verläßt den Präsidentensitz, auf dem er diesem Elemente gegenüber vollkommen ohnmächtig ist; die Sitzung wird auf fünf Minuten unterbrochen, allein Starcevic läßt fort; endlich ertönen seine Lungenflügel. Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Der Berichterstatter schließt sein Resumé und der Ausschußantrag wird angenommen. Das war der denkwürdige Skandal vom 4. Mai im kroatischen Landtage.

Konfiszirt.

Der in Folge der Unruhen über Barcelona verhängte Belagerungszustand wurde von der spanischen Regierung aufgehoben.

Die Krönung des Zaren Alexander III. in Moskau wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Ursache dieser Verschiebung ist die Entdeckung einer Mine unter der Katedrale, wo die Krönung hätte stattfinden sollen. Achtzig Arbeiter und mehrere andere Personen wurden deshalb verhaftet.

Die Judenverfolgungen in Rußland nehmen ihren ungehörigen Verlauf, ja sind sogar im steten Wachsen begriffen. So wurde unlängst in Balta eine Hebe arrangirt, welche beiläufig 40 Juden das Leben kostete und die Demolirung sowie Plünderung der jüdischen Häuser und Habseligkeiten zur Folge hatte. Wir halten es für überflüssig, in dieser Angelegenheit unseren Standpunkt nochmals besonders zu betonen, aber der unvergänglichen Art und Weise, wie man es beliebt, alles und jedes Geschick, das Grauel und Schrecklichkeit in sich

birgt, der sozialistischen Partei in die Schuhe zu schieben, wie es anlässlich der letzten Vorgänge in Balta der Fall war, darüber können wir nicht umhin, einige Worte zu verlieren. Es ist ein löbliches Beginnen seine Sache zu verteidigen und die Feinde derselben zu bekämpfen; auch wir tun dies. Ein Anderes aber ist es, wie man dies tut. Jene Leute, welche die Schuld an den Judenhegen in Rußland unserer Partei und dem Einflusse derselben zuschieben wollen, gehören jenem Stande an, der sich als den jahrhundertlangen Repräsentanten von Bildung und Intelligenz zu geriren beliebt, mit Entrüstung es zurückweist, wenn man die Arbeiter auf gleiche Stufe mit ihm stellen will, welcher aber selbst die nationale Unzulänglichkeits predigt und selbst in Deutschland sowie in Oesterreich die Antisemitenbewegung hervorgerufen hat und von uns eine nicht mißzuverstehende Antwort auf jenen „Infanterie“-Antrag erhielt, nach welchem wir ihm die Rastanien aus dem Feuer holen sollten wie Anno 1848. Wenn aber diese Leute eine Brutalität, die sie selbst begingem bei üblem Ausgange derselben uns zuschieben, so zeigt dies von unnachahmlicher Gemeinheit oder ihrer — Dummheit.

Im Februar d. J. hatten einige Knaben in Berlin einen Soldaten, der Wache stand, geneckt und wollten dann entfliehen. Der Soldat schoß sie aber nieder. Nun ist die Sache von dem berufenen Kriegsgerichte erledigt worden, nämlich, der Soldat wurde freigesprochen.

Die englische Regierung hat beschlossen, alle in Haft befindlichen irischen Verdächtigen zu entlassen. Es befanden sich deren 28 des Nordes verdächtig, 7 als Helfer bei Norden bezeichnet, 11 verräterischer Umtriebe bezüchtigt und 24 mörderischer Angriffe mit Schusswaffen beschuldigt. Die Uebrigen sind der Brandstiftung, Einschüchterung, Veranlassung ungesetzlicher Versammlungen und ähnlicher Thaten beschuldigt worden. Im ganzen befanden sich 511 Personen in den kühlen Räumen des freien England.

In Dänemark ist schon dreimal nacheinander der Reichstag aufgelöst worden, weil er die zur Befestigung der Hauptstadt Kopenhagen von der Regierung verlangte Summe von 34 Millionen Kronen nicht bewilligen wollte. Das Geld sollte außer dem obigen Zweck noch zur Anschaffung von 8 Panzerschiffen, 2 nicht gepanzerten Korvetten, 2 Widvas, 10 Korvetten, 4 gepanzerten Kanonenbooten und 8 ungepanzerten, endlich 20 Torpedoboote dienen. Was die dänische Regierung weiter tun wird, ob sie eigenmächtig das Geld verwendet oder ihr Programm ändert, ist abzuwarten.

Die Pächter auf der schottischen Insel Skye, die sich äußerst mühsam ihr Brot erwerben und kaum existiren können, verweigern insgesamt jede Zahlung, so lange ihnen Lord Macdonald, der Besitzer der Insel, nicht die Wiederbenützung gewisser Weiden gestattet, welche ihnen vor drei Jahren entzogen wurden. Lord Macdonald bezieht von seinen Besitzungen eine Jahresrente von 60.000 Pfund Sterling, welche durch die Einziehung der erwähnten Weiden um — 24 Pfund Sterling vermindert wurde.

Die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in beiden Repräsentantenhäusern angenommene „Anti-Chinesen-Bill“ charakterisirt die Niedertracht der Selbiger. In China haben sich mehrere Gesellschaften gebildet mit dem Zweck, chinesische Arbeiter nach Amerika zu werben und zu expediten, die dann als Sklaven so lange den Gesellschaften angehören, bis sie die Reisekosten zurück-erstattet haben. Damit aber diese geldgierigen Patrizien recht lange über die Arbeiter verfügen können, so zahlen sie denselben einen wirklichen Hungerlohn, um damit die ja nicht etwas ersparen und ihre Schuld tilgen können. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat jedoch dieses Gesetz abgelehnt und es bleibt jedenfalls dabei.

Die Salzfieder in den Salinen des Staates New-York fordern eine Lohnerhöhung von 2 1/2 auf 3 Thaler per Tag und sind entschlossen, nicht eher zu arbeiten, als bis der geforderte Lohn bewilligt ist.

Der New-Yorker Senat nahm eine Resolution behufs Untersuchung über das Buchhaus-Arbeitsystem mit 20 gegen 7 Stimmen an, nachdem ein Antrag, Governor Cornell solle die fünf Untersuchungskommissionäre ernennen, mit 18 republikanischen Stimmen gegen 12 verworfen worden war. Die Bill verbietet dem Gefängniß-Superintendenten, nach dem 1. Mai Zuchthausarbeit kontraktlich zu vergeben und überträgt die Untersuchung einer Kommission von fünf Mitgliedern, von welchen je einer von der New-Yorker Handelskammer, der Farmerallianz, dem Staats-Vollständigkeitsamt, der Gefängnißreform-Gesellschaft und der „State Workmen's Assembly“ ernannt werden soll. Die Arbeiter werden sich aber durch solche spießbürgerliche Scheinfreundlichkeit nicht beirren lassen und werden ihre Organisation noch besser zu verwenden wissen.

In den fünf der „Harmony Comp.“ gehörigen Fabriken in New-York, zu deren Betrieb 4500 Arbeiter und 10.000 Hilfsarbeiter verwendet werden, wurde durch Plakate eine zehnprozentige Lohnreduktion angekündigt und zugleich den Arbeitern gedroht, daß, im Falle sie nicht um den herabgesetzten Lohn arbeiten, die Fabriken zugesperrt werden. Die Weber, sowie die Spinner haben die Lohnreduktion abgelehnt und gründeten eine Weber-Union. Der Betrieb ist ganz eingestellt und die Arbeiter verlangen noch eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Alle Versuche, die Arbeiter zu hintergehen, mißlingen. Viele der Streiker fanden schon in anderen Fabriken Beschäftigung, so daß nur etwa 500 unterstügt werden müssen und die reichliche Unterstützung von Seite anderer Kollegen muntert die Betroffenen zum Trogen auf.

Aus Parteikreisen.

Gegenwärtig befinden sich folgende Genossen in Haft: Leo Walecka 4, Dolejal 3 und Mangel 2 Jahre schweren Kerker in Stein; Norbert Soula 10 Monate strengen Arrest in Prag; Fr. Rauch 6 Monate schweren Kerker in Böllersdorf; Willmann 2, Jof. Schenk 4 Monate, Schafhauser 6 Wochen Arrest in Wien. In Untersuchungshaft befinden sich die Genossen: Urbanek sammt Frau und Wilhelm Tüll, Hinterhöfer, Schöllenträger und Johann Schenk in Korneuburg, und Jof. Richter in Wien. In Untersuchung, jedoch auf freiem Fuße, befinden sich folgende Genossen: Wenzel Führer und Franz Schufackel in Wien.

Wie auf der Spitze unseres Blattes ersichtlich, wurde die letzte Nummer der „Zukunft“ konfiszirt und darin ein Verbrechen und zwei Vergehen gefunden.

Wir wollen nicht das gerichtliche Erkenntnis kritisiren, weil wir wissen, daß wieder nur der Staatsanwalt dies lesen würde, aber wir wollen heute den Genossen die Schreibweise unserer früheren Organe „Die Gleichheit“ und „Der Sozialist“ ins Gedächtnis rufen, um einen Vergleich mit der letzten Nummer der „Zukunft“ zu machen. Das Ergebnis eines solchen Vergleiches muß einem Jeden die Ueberzeugung beibringen, daß die Verhältnisse sich derartig zu unserem Ungunsten verschlimmert haben, daß es beinahe unmöglich ist, im sozialdemokratischen Sinne durch die öffentliche Presse weiter wirken zu können. Es ist aber nicht nur dieses allein, was die Staatsbehörden gegen unsere Ideen unternommen haben, sondern es muß noch der Umstand erwogen werden, daß im Falle einer Konfiskation letzten eine zweite Auflage bewilligt wird, und die auswärtigen Abonnenten daher gar oft kein Blatt erhalten, was früher gar nie vorgekommen ist. Wir sehen uns daher unter solchen Umständen genötigt, unsere geehrten Leser zu bitten, uns im Falle, daß sie keine Blätter erhalten, oder daß der Inhalt des Blattes ein verwaschener ist, zu entschuldigen. Wir werden sicher trachten, soweit es uns die Möglichkeit erlaubt, wenn schon nicht anders, so doch mit Beilagen die geduldbigen Abonnenten zu entschädigen. Notwendig ist aber doch, daß die Genossen, unbelümmert der ungunstigen Verhältnisse mit Ausdauer für die Verbreitung der „Zukunft“ Sorge tragen, damit sie unter der schweren Last der heutigen Verhältnisse moralisch an Macht gewinnt und materiell besser gerüstet dasteht.

Vou Paris wurde uns mitgeteilt, daß die dortigen Schuhmacher durch ihre schlechte Lage gezwungen wurden, den 28. v. M. die Arbeit einzustellen. Es werden daher die Schuhmacher allerorts vor einer Reise nach Paris gewarnt, und tritt außerdem noch die Pflicht an sie heran, jeden Zuzug nach Paris fernzuhalten.

Wie aus unserer heutigen Nummer ersichtlich, ist unter den Bergarbeitern des Auffig-Romotauer Kohlenbeckens ein Streit ausgebrochen, der leider viele Opfer gefordert hat. Durch die vorgenommenen Verhaftungen und Abschiebungen sind viele Familien dem Hunger preisgegeben und ihre Existenz ist in großer Gefahr. Genosse Eduard Keller, Gymnasialgasse 89 in Leitmeritz und Wenzl Waic in Auffig a. d. Elbe, Antonigasse 3, haben sich zur Aufgabe gemacht, freiwillige Spenden für diese Unglücklichen bereitwilligst in Empfang zu nehmen und ihrer Bestimmung zuzuführen, sowie auch in den Arbeiterblättern öffentlich Redenshaft zu legen. Es sind daher alle Spenden zu diesem Zwecke an die eine oder die andere der obgenannten Adressen zu senden.

Nach einem uns neuerdings zugegangenen Berichte ist auch gegen die Genossen Johann Petzilel, Georg Mazinger und J. Kompas eine Untersuchung wegen Aufreizung u. s. w. eingeleitet.

Im Verlaufe der letzten vierzehn Tage fanden Hausdurchsuchungen bei den Genossen A. Christoph, F. Sojse, W. Führer und J. Hubes statt. Gefunden wurde Nichts.

Ostern fand die Schlussverhandlung wegen Majestätsbeleidigung gegen Genossen J. Schenk bei dem k. l. Kreisgerichte in Korneuburg statt. Das Resultat ist uns noch nicht bekannt.

Am 9. Mai wurde bei Genossen Anton Stachel in Waidhofen a. d. Ybbs gehäusucht, und dabei der „Kommunist“, der „Sozialist“, die „Zukunft“, ferner die „Schneider-Zachzeitung“, das „Schuhmacher-Zachblatt“ und das „Zachblatt der Metallarbeiter“ mitgenommen. Genosse Stachel ist verdächtig, verbotene Schriften verbreitet zu haben.

Volkerversammlung beim Jobel.

Samstag den 25. März 1882, um 2 Uhr nachmittags, tagte in Jobel's Saallokaleitäten in Fünfschhaus eine Volkerversammlung. Ueber deren Besuch haben wir schon in der letzten Nummer unseres Blattes berichtet. Zu erwähnen haben wir noch, daß dieselbe nicht von den hiesigen Genossen, sondern von einem Privaten einberufen worden ist.

Als Vorsitzender fungirte Genosse Richter, als Schriftführer Genosse Gams. Auf der Tagesordnung befand sich der einzige Punkt: die Forderungen des vierten Standes vor dem Forum des österreichischen Parlaments.

Um 2 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und erhielt Referent Dr. Kronawetter das Wort:

„Die Schaffung einer menschenwürdigen Existenz ist die erste Forderung des vierten Standes. Gleichheit muß das Prinzip Aller sein. Um das zu erwerben, ist vor allem ein freies Vereins- und Versammlungsrecht notwendig. Auch ein freies Koalitionsrecht muß geschaffen werden. Dr. Roser hat das Alles schon vom Parlamente im Jahre 1868 verlangt. Anstatt die Forderungen des vierten Standes zu berücksichtigen, hat man anscheinend freihändlerische Gesetze eingeführt, wo aber der zweite Paragraph immer wieder die Freiheit des ersten Paragraphen aufhebt.“

Stene sagte bei Gelegenheit des Roser'schen Antrages: „In Oesterreich ist für die Arbeiter schon zuviel getan worden. Er bedauert, daß der Staat nicht mehr gegen die Bestrebungen der Arbeiter tue. Bei jeder Gelegenheit läßt man die Forderungen des vierten Standes unberücksichtigt und legt eine jede Partei, wenn sie am Ruder ist, das Gesetz so aus, wie sie es brauchen kann; z. B. wurde die Interpellation bezüglich der verhafteten Arbeiter von Mähr.-Drauz vom 3. December 1881 bis heute 25. März noch gar nicht beantwortet.“

Das Großkapital hat gewißlich viel freieres Spiel in seinen Aktionen als das kleine Kapital und der produzierenden Klasse. Bei großen Aktienunternehmungen besteht keine Personalhaftung, während bei kleinen Produktions-Genossenschaften der kleine Mann mit seinem ganzen Hab und Gut für das Unternehmen haften muß.

Nur das Schulgesetz, was die liberale Aera geschaffen hat, macht eine Ausnahme, obwohl es auch viel zu wünschen übrig läßt und durch die mißlichen sozialen Verhältnisse oft illusorisch wird.“

Bezüglich der im Jahre 1874 überreichten Petition des Vereines „Volkstimme“ um Einföhrung von Arbeiterkammern sagte Kroner jun. als Referent der radikalen

Ankündigungen.

Voranzeige.

Sonntag, den 11. Juni 1882, findet ein **Arbeiterausflug auf die Schneeswiese** mit Musikbegleitung statt. Der Preis der Teilnehmerkarte ist auf 15 kr. bestimmt. Näheres in nächster Nummer. Das Komitee.

Die Herausgeber der „Delnicko Listy“ ersuchen alle Arbeitervereine um Einsendung ihrer Adressen in das Verzeichniß der Arbeitervereine Oesterreichs für den nächstjährigen Kalender der tschech.-slawischen Arbeiterpartei.

Wien, Samstag, den 20. Mai 1882, findet in Jobel's Saallocalitäten in Fünfhaus eine **Volktätigkeits-Akademie**

zur Gründung einer Fach- und Gewerbeschule für Bildhauer, unter Mitwirkung mehrerer Kunstkräfte statt. — Konzert- und Taterdarstellung. — Eintritt: frühergelöste Karten 25 kr., an der Kasse 30 kr. Anfang präzis halb 9 Uhr. (55)

Wien, Samstag den 13. Mai, 8 Uhr abends, findet die

Monatsversammlung des Fortbildungsvereines der Tischler Wiens im Vereinslokale, 6. Bez., Mollardgasse 3, (Wüst's Gasthaus, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Vereinsbericht; 3. Anträge und Interpellationen.

Local-Veränderung.

Das Vereinslokale des Fortbildungsvereines der Tischler Wiens befindet sich vom 20. Mai ab in Worel's Gasthaus, 6. Bez., Webgasse 17, wohin alle dem Verein betreffenden Briefe und Sendungen zu richten sind.

Die Arbeitsvermittlung findet dortselbst vom 20. Mai ab jeden Sonntag von 10—12 Uhr vormittags, Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von 7—9 Uhr abends statt. Adressen werden für die Arbeitsvermittlung aus Gefälligkeit vom Gastgeber entgegengenommen.

Die Vereinsleitung.

Wien. Der Gewerbeverein der Kürschner Wiens hält Sonntag den 21. d. M., 9 Uhr vormittags, im Vereinslokale, 7. Bez., Neubaugasse 55, Gasthaus „zum goldenen Akerblatt“, seine

Monatsversammlung

mit folgender Tagesordnung ob: 1. Geschäftsberichte; 2. Vortrag aus der Geschichte von Herrn Makinger; 3. Anträge und Interpellationen.

Floridsdorf, Samstag den 13. Mai, 1/8 Uhr abends, findet die

Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines mit einem Vortrage statt. Genossen! Seid am Plage.

Ferner findet am Pfingstmontag eine gesellige

Gartenunterhaltung

stehend aus Gesang (Liedertafel der Jute-Spinnerei und W-berei in Floridsdorf), ferner Dellamajonen, Klavier- und Ziterkonzert statt. Das Reinerträgnis ist zu wohltätigen Zwecken bestimmt. Frühergelöste Karten 15 kr., an der Kassa 20 kr. Anfang 4 Uhr.

Wels. Der Arbeiter-Bildungsverein feiert Pfingstmontag, den 27. Mai, sein

vierzehntes Gründungsfest

unter Mitwirkung der hiesigen Bürgerkorps-Kapelle und der Liedertafel des Vereines. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest nächsten Sonntag statt. Anfang 4 Uhr. Genossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen. Delegirte und Begrüßungsschreiben sind erwünscht.

Voranzeige.

Einige Genossen in Hezendorf beabsichtigen, in einigen Wochen ein **Fest** zu veranstalten, dessen Reinerträgnis zur Gründung eines Vereines bestimmt ist.

Hieronymus Büsch und Josef Berger werden dringend ersucht, sich endlich einmal schriftlich oder mündlich mit mir zu verständigen. (40) **Paul Engemann.**

Wien, Samstag, den 13. Mai, findet in J. Gugl's Gasthaus, Neufünfhaus, Zinkgasse 6, ein

geselliger Abend

des Vereines der Manufakturarbeiter und Arbeiterinnen, verbunden mit Konzert, Gesang und Ball, statt. Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 kr.

Am Pfingstmontag veranstaltet der Fachverein der Bäcker Wiens ein

Frühlingsfest

in der Jaroschauer Bierhalle nächst der Dordnensberlinie. — Frühergelöste Karten 25 kr., an der Kassa 30 kr. Einladungskarten sind in jedem Arbeitervereine zu haben.

Die nächste Nummer erscheint am 25. Mai.

Herausgeber und Verleger: **Heinrich Hohe, Anton Christoph, Josef Hybes.**

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Hybes.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Fraktion: „Diese würden der Boden staatsgefährlicher Bewegung werden und den sozial gesinnten Arbeiter auch noch in's sozialistische Lager führen.“

Die Petition der 35.000 Arbeiter um das allgemeine Stimmrecht kam mit geradem Not zur Verlesung und das auch nur, weil der Vorsitzende zu ihren Gunsten die Stimmen nicht genau zählte. Man kann sich denken, wenn sich die Herren vor dem Lejen fürchten, was zu erwarten ist.

Dunkel ist der Sinn all' unserer Gesetze und die Freiheit der Beschlüsse eines jeden Einzelnen daher eine sehr beschränkte.

Wir stehen auf einem Punkt, den wir nicht länger dulden dürfen, indem es ja heißt: Mensch, hilf Dir selbst und Dir ist geholfen.

Zur Herausarbeitung aus dem heute bestehenden Labyrinth gibt es zwei Weg, einen nach vorwärts und einen nach rückwärts. Der von der Reaktion betretene ist leichter, indem man da nur die anno 1789 bestandenen Gesetze wieder anzuwenden braucht. (Rufe: Wir gehen vorwärts!) Der Weg nach vorwärts ist zwar noch unklar und der sozialdemokratische Gedanke theoretisch noch nicht so entwickelt, um sich ein Bild der sozialistischen Gesellschaft vorstellen zu können, doch wir werden ihn finden. (Bravo!) Der vierte Stand hat zu seiner Befreiung das Hauptaugenmerk auf eine solche Organisation zu legen. Durch korporative Einigung führt der Weg zum Ziel. Die Form der Herstellung der Kommune muß und wird sich finden. (Bravo! bravo!) Und auch ohne Parlament wird man den vierten Stand hören müssen.“ (Bravo! bravo!)

Maier: „Befolgen wir den Rat und wir siegen Die Regierung ist nicht so schlecht als man sie ausbreit. (Oho-Rufe, der Redner wird unterbrochen.) Die Presse, die Alles entstellt, hat auch von der letzten Ständerversammlung unrichtig berichtet. Die Arbeiter haben über den Nationalitätenhändler Schönerer das Urteil gefällt. Man will die Arbeiter als Infanterie der Nationalitäten und Konfessionshörer benützen, wogegen wir uns v. wahren müssen. (Bravo.) Man hat jedoch von der schwindelhaften und ehrlichen Presse zu unterscheiden, sonst verdammt man das eigene Rind.“ Der Redner beantragt: „Die heute 25. März in Jobel's Saal versammelten Arbeiter erklären, daß sie mit den Nationalitäten- und Konfessionshörern nichts gemein haben.“

Compass: „Dem Arbeiter ist seit Jahrhunderten nichts gegeben worden. Wir müssen uns unser Recht selbst — — — (Bravo!) Heute haben wir die Lohnklaverei, aus der wir uns befreien müssen, eine tüchtige Organisation muß geschaffen werden, daß wir am Plage sind, wenn es gilt, die Freiheit zu erringen. Man sagt, Kronawetter ist rot, er ist nicht so rot, als er verfahren wird, auch der rote Sozialismus, den man gerne als Gespenst malt, existiert nicht. Die Arbeiter ringen um die Freiheit und werden die Arbeiter Oesterreichs die Ersten sein, wenn es gilt, die Freiheit zu erkämpfen. (Bravo!) Wenn die Reaktion keine Haare hat, müssen die Sozialdemokraten eben noch feinere haben.“ (Bravo!)

Wartk: „Es wurde bisher noch nicht gesagt, warum wir das Wahlrecht nicht bekommen. (Rufe: Das brauchen wir nicht!) Die Liberalen sind nicht besser als die Anderen, „Stichtest allen Menschen und der Arbeit ihre Rechte“, das sei unsere Parole. Auch der Herr Ritter v. Schönerer läßt uns kalt. Dieser Ritter täuscht sich, wenn er glaubt, die Arbeiter werden sich um seine Nationalitätenhändler kümmern und vielleicht auch den Bismarck anbeten. (Rufe: Weg mit ihm!) Bedauerlich ist es, daß man hundert Jahre nach 1789 noch so viele Worte um das dem Menschen angeborene Recht verlieren muß.“

Dauer: „Ich würde wünschen, daß der Bericht über die heutige Versammlung nur den Arbeiterblättern bekannt gegeben werde. Wir verzichten auf das Wahlrecht (Bravo!), wir brauchen soziale Rechte. In Deutschland hat der Arbeiter seinen Wahlrecht nur Hunger zu leiden. (Rufe: Wichtig!) Ein freies Vereins- und Versammlungsrecht ist notwendig. Wir wollen für unser Recht eintreten, wir müssen aber fürchten, wie es sehr häufig geschieht, daß wir für j. d. s. freie Wort im Arter schmachten müssen.“

Hybes: „Der Antrag Maier's ist ganz unnötig, indem wir längst darüber einig sind, daß wir international sind und so denken müssen. Ich beantrage, bezüglich des Antrages, Ubergang zur Tagesordnung. Wenn wir auch das Wahlrecht bekommen würden, könnten wir 50 Jahre oder noch länger sitzen bis wir die Majorität bekommen und wenn wir nahe daran wären, würde die Regierung Ausnahmegesetze machen, wie es die deutsche gemacht hat, trotzdem daß die deutschen Sozialisten noch lange nicht die Majorität erreicht hätten. Ich stimme dem Ausspruch des Referenten bei, daß man uns auch außerhalb des Parlaments hören wird, aber ich muß bestreiten, daß die sozialistische Idee noch nicht theoretisch genügend entwickelt wäre. Unsere Grundsätze: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ sind die Geleise, in welchem sich die sozialistische Gesellschaft vorwärts bewegen muß.“

Tauscher: „Seid all' International und wir brauchen keinen Antrag. Das allgemeine Wahlrecht kann uns nur nützen. (Oho-Rufe, großer Widerspruch.) Es ist ein Mittel zur Ausbildung (Rufe: Ein Schwindel!), für die Ausbildung ist es gut. (Großer Widerspruch!) (Indem Redner nicht mehr zum Worte gelassen wird, verläßt derselbe die Tribüne.)“

Sampel: „Das Parlament ist uns nichtig, Aufhebung der Lohnklaverei ist es, was wir anstreben.“ (Bravo!)

Schustaczek: „Ich werde gegen den Antrag stimmen, indem wir es schon bewiesen haben, daß wir

International sind. Das allgemeine Wahlrecht in Deutschland wird durch die Ausnahmegesetze beeinträchtigt, indem man Denjenigen, der sich erlaubt eine freie Meinung zu haben, sofort einsperrt. Von dem Wahlrecht werden die Fünfgulden-Männer keinen Nutzen haben, das Bessere wird man ihnen immer aus der Schüssel nehmen.“ (Rufe: Wichtig!)

Compass: „Wir dürfen uns von keinem Brocken den man uns vielleicht hinwirft, beirren lassen, sondern auf unserem Recht bestehen. Das Parlament dient für das Volk zu gar keinen guten Zweck.“

Dauer: „Ich beantrage, daß Herrn Dr. Kronawetter für sein vorzügliches Referat, der Dank ausgesprochen wird.“ (Einzelne Rufe: Hoch, hoch, hoch!)

Compass: „Ich muß mich gegen diese Dankes- und Begrüßungen aussprechen. Herr Dr. Kronawetter wird als echter Volksmann nicht darauf warten, sondern das Demutgefühl, das er in seiner Brust trägt, für's Volk etwas gethan zu haben, wird für ihm der Lohn sein.“ (Bravo!)

Es wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gegenüber dem Antrage Maier's angenommen.

Der Vorsitzende bringt ein Telegramm von den Parteigenossen „Brünn“ zur Verlesung. Dasselbe lautet: „Genossen! Unsere vollste Zustimmung zu Euren, bei der heutigen Versammlung gestellten Forderungen des vierten Standes, die auch die unseren sind. Ein donnerndes Hoch der Brünnner Arbeiter!“

Schluß der Versammlung 1/6 Uhr.

Compass, Schriftführer.

Vereinsberichte.

Wien, Donnerstag den 13. April 1. J. um 5 Uhr Nachmittags hielt der Fachverein der Bäcker in Pils's Bierhalle seine Monatsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Berichte; 2. Nachmal des Ausschusses; 3. Vortrag über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Zum 1. Punkte berichtete der Obmann, daß sämtliche Sektionen schon organisiert sind. Kassier Kriechbaum berichtet über einen Kassenstand von fl. 601.58. Kassier, Kontrollsektion, berichtet, daß Alles kontrolliert und auch die Kasse in besser Ordnung gefunden wurde. Leeb, Arbeitsvermittlungsektion, berichtet, daß bereits jeden Tag 2 bis 3 Arbeiten vermittelt werden. Leberer berichtet, daß der Verein über 1000 Mitglieder zählt und daß das Vereinsmonat immer mit dem 20. abgeschlossen wird. Zum 2. Punkt stellte Juchla den Antrag, daß die Nachmal mittelfst Alkamajon vorgenommen werden soll, der Antrag fand die Annahme und wurde von Herren Glaser und Krager mit Einstimmigkeit gewährt. Ein Antrag vom Genossen Juchla, dahingehend, daß anstatt der nächsten Monats eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden soll, wurde angenommen. Der 3. Punkt: ein Vortrag über die rüchlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, welcher größtenteils dem Bädergewerbe gewidmet war, wurde sympathisch aufgenommen.

Sorel, Schriftführer.

Auffg. Samstag den 1. April, fand in den Localitäten „zur Königshöhe“ die konstituierende Versammlung des Lesevereines „Bohemia“ statt. Nachdem ein provisorisches Bureau mit Wenzl Waic als Vorsitzenden gewählt worden war, wurden die Statuten zur Verlesung gebracht.

Zum folgenden Punkte referierte in einer längeren Rede Genosse Jos. Schiller aus Reichenberg. Derselben wurde zum Schluß von allen Seiten lebhafter Beifall zu Teil.

Nachdem sich die erforderliche Anzahl von Mitgliedern hatte zeichnen lassen, wurde zur Wahl geschritten. Diefelbe ergab folgendes Resultat: Obmann Wenzl Waic, dessen Stellvertreter Anton Gaudernak, 1. Schriftführer Rud. Sommer, 2. Schriftführer Rudolf Schicht, Kassier Franz Krutal und dessen Stellvertreter Wenzl Wajst.

Nachdem noch einige auf das Gedeihen des Vereines bezughabende Anträge angenommen worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Erwähnt muß noch werden, daß in dem „liberalen“ Schmutzblatte, benamhet „Auffiger Anzeiger“, der zu gründende Verein schon vorher denunziert worden war, indem der Leseverein „Bohemia“ als ein „Ableger“ des feinerzeit als „staatsgefährlich“ aufgelösten „Arbeiter-Bildungsvereines“ hingestellt wurde.

W. Waic, Obmann. Rudolf Sommer, Schriftführer.

Eingelendet.

Öbliche Redaktion!

Bei der am 10. April 1. J. in Jobel's Saallocalitäten stattgefundenen freien Drechslerversammlung, welche von circa 1600 Gehilfen besucht war, gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung spricht ihr tiefes Bedauern über die Gebahrung der Genossenschaftsverwaltung der Drechsler aus, und zwar aus folgenden Gründen: In Erwägung dessen, daß die gesammten Drechslergehilfen Wiens durch die Aufhebung einer Geldunterstützung seitens der Genossenschaftskassiere in Aufregung gebracht wurden und der Vorstand, statt energische Mittel zu ergreifen, den zuerst gefassten Beschluß, die beiden Kassiere zu entlassen, wieder umließ und durch die bereits erfolgte Offertauschreibung, sowie Aufforderung an den Gehilfenausschub, Kandidaten für diese Stellen vorzuschlagen, sich nicht nur selbst eine arge Blöße gab, sondern auch den Gehilfenausschub blamierte, indem dieser der obigen Aufforderung nachkam; in weiterer Erwägung, daß erwiesenermaßen die beiden Kassiere sich eine Veruntreuung von einhundert Anlagen im Betrage von mindestens 349 fl. 25 kr. zum Nachteil unserer Gehilfenkasse zu Schulden kommen ließen, so können wir, trotzdem der Schaden seither gut gemacht wurde, vom Vorstande nicht gezwungen werden, die von unsern Gelde beforderten Diener wieder zu behalten, da sie unser Vertrauen in straflicher Weise mißbraucht haben.“

Der Gehilfenausschub wird daher von der heutigen Versammlung aufgefordert, alle gesetzlichen Wege bis zur höchsten Instanz zu verfolgen, um die definitive Entlassung obgenannter Kassiere und die Anstellung vertrauenswürdiger Personen zur Entlastung unserer Auflagen durchzuführen.

Die Auszahlung wird von Seite der Gehilfen so lange eingestellt, resp. von den Arbeitgebern zurückgehalten, bis der obige Beschluß durchgeführt ist.

Für das Beibehalten der freien Drechslerversammlung vom 10. April: Leopold Hofner, Andreas Heidler, Schriftführer, Vorsitzender.

Wien, am 25. April 1882.

Ausweise.

Nr. 117.

Für die Familien unserer verstorbenen Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Wien: fl. 57.46, Graz: fl. 15.11, Gesamtsumme fl. 72.57. Der detaillierte Ausweis folgt in der nächsten Nummer.